

Wetzlarer Nachrichten

Zeitung der **SPD** Wetzlar

Jahrgang 12 | Ausgabe 5 | September 2021

Hubertus Heil in Wetzlar

Gerechte Entlohnung steht im diesjährigen SPD-Bundestagswahlkampf ganz oben auf der Liste. Bundesarbeitsminister Hubertus Heil kam zu diesem Thema auf Einladung von Dagmar Schmidt nach Wetzlar. *Seite 3*



Aus voller Überzeugung für Berlin und für Deutschland

Franziska Giffey ist Spitzenkandidatin der Berliner SPD bei der Abgeordnetenhauswahl 2021. Die ehemalige Familienministerin und Bezirksbürgermeisterin von Neukölln berichtet aus Berlin. *Seite 4*



Neue Herausforderungen erfordern neue Wege

Seit 2011 trägt die Wetzlarer SPD kommunalpolitische Verantwortung in und für Wetzlar. Ihre Handschrift ist auch deutlich in dem neuen Koalitionsvertrag für 2021 bis 2026 zu erkennen. *Seite 10*



Soziale Politik mit Dagmar Schmidt und Olaf Scholz

Eine vertrauenswürdige und weltoffene Vertretung des Wahlkreises in Berlin gibt es nur mit Dagmar Schmidt

Am 26. September entscheiden die Wählerinnen und Wähler darüber, wer in Zukunft in unserem Land Verantwortung übernehmen soll. Gemeinsam mit Olaf Scholz als Bundeskanzler möchte die SPD mit Dagmar Schmidt und einer starken SPD-Bundestagsfraktion von vorne regieren. Gerade in Zeiten des Wandels braucht es einen starken handlungsfähigen Staat, der die großen Fragen angeht und niemanden allein lässt.

Jeder und jede kann in eine Lebenslage kommen, in der man Unterstützung braucht. Sei es durch einen Pflegefall in der Familie oder weil man eine gute Betreuung für die Kinder braucht. Auch bei Krankheit oder Verlust des Arbeitsplatzes ist man auf Hilfe angewiesen. In unserem Sozialstaat gibt es viele gute Leistungen. Aber entweder kennt man sie

Gute Arbeit mit guten Arbeitsbedingungen zu sichern und neue zu schaffen, ist die große Aufgabe der Zukunft.

nicht oder der Zugang ist zu kompliziert. Unser Sozialstaat muss aber allen Menschen leicht und einfach als Partner zur Seite stehen. Seine Leistungen sind soziale Rechte. Sie sollen unkompliziert und wo es geht ohne Antrag - wie bei der Grundrente - zugänglich sein. Wir sorgen dafür, dass das Leben leichter wird.

Niemand soll wegen seiner Kinder finanzielle Sorgen haben. Wir wollen mehr Hilfe und Unterstützung für Familien. Deswegen wollen wir eine Kindergrundsicherung, die auf zwei starken Säulen steht. Erstens ein neues Kindergeld, damit die, die es mehr brauchen, auch mehr bekommen. Denn alle Kinder müssen die gleichen Chancen für einen guten Start ins Leben haben. Und zweitens investieren wir unter anderem in beitragsfreie Kitas, Ganztagsangebote an Schulen und in bessere Ver-

kehrsanbindungen auf dem Land, die von Kindern und Jugendlichen in Zukunft kostenfrei genutzt werden können. (Mehr dazu auf Seite 4)

Wer den ganzen Tag hart arbeitet, muss davon auch gut leben können. Dafür braucht es mehr Respekt vor der individuellen Leistung von jedem und jeder Einzelnen. Die Pandemie hat gezeigt, wer den Laden am Laufen hält. Gute Arbeit mit guten Arbeitsbedingungen zu sichern und neue zu schaffen ist die große Aufgabe der Zukunft. Wir wollen einen Mindestlohn von mindestens 12 Euro - vor allem aber starke Tarifverträge in allen Branchen.

Wir unterstützen Unternehmen dabei, auch im Wandel gute Arbeit zu erhalten und neue zu schaffen. Mit klimafreundlichen Technologien und digitalen Produktionsprozessen wird Deutschland wieder Nummer eins - und Mittelhessen soll ganz vorne mit dabei sein. Dafür haben wir die Initiative „Made in Mittelhessen 2030“ ins Leben gerufen. Um klimafreundlich in die Zukunft zu gehen, wollen wir das modernste Mobilitätssystem Europas aufbauen. Statt das Auto schlecht zu machen wollen wir gute und finanziell attraktive Alternativen schaffen, die ins Leben passen.

Dagmar Schmidt setzt sich seit vielen Jahren für die Zukunft der Region und die Belange aller Menschen in ihrem Wahlkreis ein. Mit ihrer Arbeit im Bundestag und im Ausschuss für Arbeit und Soziales hat sie u.a. mit der Grundrente und dem Starke-Familien-Gesetz dazu beigetragen, dass es in Deutschland etwas gerechter zugeht. Sie ist

Unser Sozialstaat muss allen Menschen leicht und einfach als Partner zur Seite stehen.

Mitautorin des neuen Sozialstaatskonzepts und unseres Modells für eine Kindergrundsicherung und hat darüber hinaus noch viel für gute Arbeit und einen besseren Sozialstaat vor. Eine vertrauenswürdige und weltoffene Vertretung des Wahlkreises in Berlin gibt es nur mit Dagmar Schmidt.



Ob als Arbeitsminister, Erster Bürgermeister Hamburgs oder jetzt als Finanzminister - Olaf Scholz hat bereits mehr als einmal gezeigt, dass er in der Lage ist, eine Regierung auch in schwierigen Zeiten zu führen. In der Finanzkrise 2007/2008 hat er als Bundesarbeitsminister mit dem Kurzarbeitergeld hunderttausende Arbeitsplätze gerettet. Ein Instrument, das sich auch in der aktuellen Corona-Krise wieder als hilfreich erwiesen hat, um eine Massenarbeitslosigkeit zu verhindern. **Olaf Scholz kann Kanzler.**

Ob als Arbeitsminister, Erster Bürgermeister Hamburgs oder jetzt als Finanzminister - Olaf Scholz hat bereits mehr als einmal gezeigt, dass er in der Lage ist, eine Regierung auch in schwierigen Zeiten zu führen. In der Finanzkrise 2007/2008 hat er als Bundesarbeitsminister mit dem Kurzarbeitergeld hunderttausende Arbeitsplätze gerettet. Ein Instrument, das sich auch in der aktuellen Corona-Krise wieder als hilfreich erwiesen hat, um eine Massenarbeitslosigkeit zu verhindern. **Olaf Scholz kann Kanzler.**

Viermal mehr Zeit für die Familie

1. Zusätzlich zum Mutterschutz gibt es für den Vater zwei Wochen sozial abgesicherte Elternschaftszeit direkt nach der Geburt.

2. Ausbau des Partnerschaftsbonus: Wenn beide Elternteile gleichzeitig Stunden reduzieren, erhalten sie länger und flexibler ElterngeldPlus - damit es besser ins Leben passt.

3. Dauerhafte Ausweitung der Kinderkrankentage:

Wegen der Pandemie wurden diese auf 20 Tage pro Kind, Jahr und Elternteil (bei Alleinerziehenden auf 90 Tage) erhöht. Dies werden wir beibehalten.

4. Wer Angehörige pflegt soll dabei unterstützt werden, die Pflege mit Erwerbsarbeit zu kombinieren. Das bedeutet: 15 Monate Anspruch auf Unterstützung (Lohnersatz) bei einer Arbeitszeitreduzierung.

Delegiertenversammlung der Wetzlarer SPD

Koalitionsvertrag für das Wetzlarer Parlament verabschiedet

Seite 2



Herstellung • Service • Montage

- Markisen • Jalousien • Vordächer
- Haustüren • Fenster • Rolläden
- Rolll Tore • Rollgitter • Garagentore
- Tor-Antriebe • Rolladenmotoren
- Sicherungssysteme • Wintergärten

www.rolladen-bepler.de
E-Mail: info@rolladen-bepler.de



Industriegebiet Schwalbacht
35641 Schöffengrund
Tel: 06445/9253-0 • Fax-50

Aus dem Inhalt

DAGMAR SCHMIDT

Aufholpaket für Schülerinnen und Schüler beschlossen

4



AUS DER STADT

Unterstützung der Sportvereine

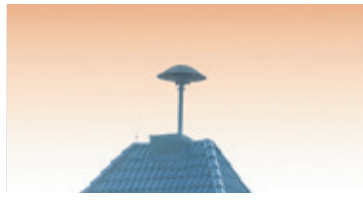
5



GESELLSCHAFT

Stadt prüft Wiedererrichtung von Sirenen

7



BUNDESTAGSWAHL

Dagmar Schmidt auf Tour

8



STEPHAN GRÜGER

Energiewende in Hessen stockt

13



UDO BULLMANN

Olaf Scholz auf dem Weg zur Kanzlerschaft

13



AUS DER STADT

Jusos bleiben Motor der Partei

14



AUS DER STADT

Städtischer Nachtragshaushalt trotz Corona

15



Vertrag verabschiedet – Koalition aus SPD, Bündnis 90/ Die Grünen, den Freien Wählern und der FDP steht

Sozialdemokratische Handschrift im Koalitionsvertrag deutlich erkennbar

Auf ihrer Konferenz stimmten die Delegierten des Stadtverbandes dem Koalitionsvertrag mit Bündnis 90/ Die Grünen, den Freien Wählern und der FDP zu. Bereits vorher hatten die anderen Koalitionspartner das Papier in ihren Gremien verabschiedet. Somit regiert nun wie im Lahn-Dill-Kreis das gleiche Viererbündnis auch in Wetzlar.

Glückwünsche kamen von Landrat Wolfgang Schuster, der bereits auf fünf Jahre Erfahrung mit einer solchen Regierungskoalition zurückblicken kann. Viele hätten zunächst einem solchen Bündnis skeptisch gegenübergestanden. Schuster hielt dem entgegen: „Der Kompromiss ist die Klammer, die eine Gesellschaft zusammenhält und nicht der Sargnagel der Demokratie!“ Der neuen Koalition wünschte er viel Erfolg.

Der Stadtverbandsvorsitzende Manfred Wagner nahm noch einmal das Ergebnis der Kommunalwahl als Ausgangspunkt der neuen Entwicklung in den Blick. Die bisherige Regierungskoalition aus SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und Freien Wählern hatte ihre Einstimmigkeit denkbar knapp um ein Mandat verfehlt, so dass es zur Suche nach neuen Mehrheiten kommen musste.

Das Ergebnis für die Wetzlarer SPD sei sicherlich nicht erfreulich gewesen. Mit 17 Abgeordneten stelle man nun zwei weniger als bisher. Allerdings müsse man das Resultat auch vor dem Hintergrund der damals schwierigen Stimmungslage im Land sehen. Im Vergleich mit Städten ähnlicher Größenordnung seien die knapp 29 Prozent respektabel und deutlich über dem durchschnittlichen Ergebnis der Partei in Hes-



Mit großer Mehrheit stimmten die Delegierten dem Koalitionsvertrag zu



Stadtverbandsvorsitzender Manfred Wagner

sen. Nach wie vor stelle die SPD damit in der Wetzlarer Stadtverordnetenversammlung die stärkste Fraktion.

In den Sondierungsgesprächen mit CDU, der Linken und der FDP habe sich am Ende mit den Liberalen die größte Übereinstimmung gezeigt, so dass mit diesen Koalitionsgesprächen aufgenommen werden konnten.

Die Ergebnisse der Gespräche seien immer wieder mit der Fraktion und dem Stadtverbandsvorstand diskutiert worden, so dass es eine große Transparenz im Entstehungsprozess des vorliegenden Vertrages gegeben habe.

Dieser trage klar die Handschrift der SPD und beinhalte viele

Schwerpunkte aus dem Kommunalwahlprogramm der Partei. Wagner nannte unter anderem die Weiterführung der soliden Finanzen, die Stadtteilentwicklung, den Ausbau des ÖPNV und den Rahmenplan zur Entwicklung der Altstadt, die allesamt Eingang in den Koalitionsvertrag gefunden hätten. Der Ausbau der Digitalisierung einerseits und der Erhalt der Stadtteilbüros andererseits seien beides Versprechen, die den unterschiedlichen Bedürfnissen der Mitbürgerinnen und Mitbürger Rechnung trügen.

Wichtig sei aus Wagners Sicht insbesondere gewesen, dass wichtige Weichenstellungen, die vor der Kommunalwahl vorgenommen worden waren, nicht durch das neue Bündnis in Frage gestellt wurden. Exemplarisch nannte er den Neubau der Feuerwache I, den Bau des Parkhauses in der Goethestraße und die Schaffung des ökologischen Gewerbegebietes Münchholzhausen-Nord.

Auch auf der Ebene der Hauptamtlichen Magistratsmitglieder seien klare Vereinbarungen getroffen worden und somit die Kontinuität an wichtigen Stellen gesi-

chert. Die Wiederwahl von Stadtkämmerer Jörg Kratkey sei zwischen den Koalitionären vereinbart. Auch in der Zukunft werde er sich um den Bereich der Kultur kümmern.

Fraktionsvorsitzende Sandra Ihne-Köneke dankte den Delegierten für deren Engagement im Wahlkampf. „Politischen Erfolg erreicht man immer gemeinsam, nie allein“, stellte sie fest. „Wir sind wieder stärkste Fraktion und daran habt ihr Anteil!“ Sie lobte die wertschätzende Atmosphäre mit allen Gruppierungen in der Phase der Sondierung. Am Ende habe es jedoch mit der FDP die größten politischen Übereinstimmungen gegeben. „Mit dem vorliegenden Vertrag haben wir eine gute gemeinsame Basis geschaffen, um für die und mit den Menschen zu handeln“, fasste Ihne-Köneke das Ergebnis aus ihrer Sicht zusammen. Das sahen die Delegierten ebenso und votierten einstimmig für die Vereinbarung.

Die Frage konnte bislang nicht geklärt werden. Letztlich entschied die Stadtverordnetenversammlung einstimmig für die beabsichtigte Stärkung von Kindern und Jugendlichen und setzte damit ein wichtiges Signal vor dem Start in die Sommerferien.

Freier Eintritt im Freibad Domblick

Andrea Volk: Damit haben wir Kindern und Jugendlichen etwas zurückgegeben

Das war das Ziel des Antrags auf freien Eintritt für Kinder und Jugendliche in den diesjährigen Sommerferien. Gemeinsam gestellt von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FW und FDP und einstimmig so in der Stadtverordnetenversammlung kurz vor den Ferien entschieden, schloss sich Wetzlar damit dem guten Beispiel von Berlin, Marburg und Jena an und viele weitere Städte und Gemeinden folgten dieser Idee ebenfalls.

Expertinnen und Experten aus Medizin, Psychologie, Jugendschutz und Bildung sehen durch die Pandemie sehr große Belastungen für Kinder und Jugendliche. Gemessen an deren bisheriger Lebenszeit stellen anderthalb Jahre Einschränkungen von Kontakten, Freizeitangeboten und Schule einen weitaus höheren Anteil dar als bei Erwachsenen. Die bisherigen und aktuellen Einschränkungen erschweren Kindern und Jugendlichen die Bewältigung ihrer jeweiligen Entwicklungsaufgaben

und können sich bei vielen nachhaltig auswirken.

Kinder und Jugendliche haben diese Einschränkungen auferlegt bekommen, um uns alle und insbesondere die älteren und gesundheitlich vorbelasteten Menschen unter uns, für die eine Covid-Erkrankung vermutlich schwerer verlaufen würde, zu schützen.

Kinder und Jugendliche vor diesem Hintergrund bewusst in den Mittelpunkt unseres Handelns zu stellen und ihnen etwas zurückzugeben, vor allem ihnen stärkende Erlebnisse und Erfahrungen zu ermöglichen, war und ist uns ein besonderes Anliegen.

Darüber hinaus verfügen wir in Wetzlar seit Jahren über die „Wetzlar-Card“, die für Menschen mit niedrigem Einkommen Ermäßigungen des Eintritts auch für die Schwimmbäder vorsieht. Diese Möglichkeit bedeutet eine Stärkung auch für erwachsene Einzelpersonen und für Familien.

Bemerkenswert ist, dass gerade diejenigen, die die Wetzlar Card



mit ihren Vergünstigungen immer gerne wieder abschaffen wollen, als Reaktion auf den Antrag allen Wetzlarerinnen und Wetzlarern, also auch den Gutverdienenden in unserer Stadt, freien Eintritt gewähren wollten. Ist das eine neu entdeckte Großzügigkeit oder sollte es ein Ausflug in die Satire sein?

Die Frage konnte bislang nicht geklärt werden.

Letztlich entschied die Stadtverordnetenversammlung einstimmig für die beabsichtigte Stärkung von Kindern und Jugendlichen und setzte damit ein wichtiges Signal vor dem Start in die Sommerferien.

Fotos: Heiner Jung

Hubertus Heil: Respekt für gute Arbeit

Bundesminister für Arbeit und Soziales zu Besuch in Wetzlar

Gerechte Entlohnung steht im diesjährigen SPD-Bundestagswahlkampf ganz oben auf der Liste. Und so war es kein Zufall, dass Bundesarbeitsminister Hubertus Heil zu diesem Thema auf Einladung von Dagmar Schmidt in Wetzlar Station machte.

Im gut gefüllten Saal des Konferenzentrums der Lahn-Dill Kliniken brauchte der Minister nicht lange, um in Fahrt zu kommen. Eine gerechte Entlohnung sei nicht nur eine Sache des Respekts vor der Leistung der Menschen, sondern auch eine Notwendigkeit mit Blick auf die Zukunft.

Insbesondere im Bereich der Pflege sei der Bedarf groß und wachse weiter an, so Heil. Jetzt sei es an der Zeit, die in der Krise viel Gelobten im Bereich der Krankenhäuser und anderer Einrichtungen



Von links: Cirsten Kunz, Stephan Grüger, Wolfgang Schuster, Hubertus Heil, Sandra Ihne-Köneke und Dagmar Schmidt

seien schließlich systemrelevant.

Oft würde er die Frage hören, warum die SPD nicht schon mehr von ihren Forderungen umgesetzt habe. Sie sei doch seit so vielen Jahren an der Regierung beteiligt. „Abgesehen davon, dass zwischen durch auch mal vier Jahre die FDP mit der CDU in der Regierungsverantwortung war, haben wir da mit der Union einen Partner, der uns an der einen oder anderen Stelle ausbremst“, merkte Heil zu diesem Thema an.

Dass Heil mit seinen Ausführungen ein Thema angesprochen hatte, das vielen auf den Nägeln brennt, zeigte sich in der anschließenden Fragerunde, die mehr zu einem Bericht aus dem Arbeitsalltag von Arbeitnehmer:innen sowie Vertreter:innen der Betriebsräte wurde. Insbesondere die Privatisierung von Kliniken führe zur Verschlechterung von Arbeitsbedingungen, auch der Entlohnung, so die Betroffenen. Die Befriedigung der Interessen der Investoren sei in solchen Fällen wichtiger als die Versorgung der Patientinnen und Patienten und ein angemessener Umgang mit dem Personal. Den Unterschied könne man im Vergleich der Lahn-Dill-Kliniken, die glücklicherweise noch in kommunaler Hand seien, mit den Uni-Kliniken in der Nachbarstadt Gießen sehen, die an einen privaten Investor verkauft wurden, so eine Besucherin.

„Wer sozial gerechte Arbeitsverhältnisse will, muss am Wahltag mit der Zweitstimme die SPD wählen“, brachte Heil seine Botschaft

auf den Punkt. „Und mit der Erststimme Dagmar Schmidt unterstützen, damit sie wieder das Direktmandat holt“, ergänzte er, wurde aber sogleich von dieser berichtigt. Dazu habe es bei der letzten Wahl noch nicht gereicht, räumte Schmidt ein. „Dann sei es aber hierfür an der Zeit“, ergänzt Heil. Schmidt sei nicht nur sehr engagiert, sondern könne auch äußerst hartnäckig sein, wie er selbst schon habe erfahren können, fügte er mit einem Schmunzeln hinzu und kündigte an, wieder nach Wetzlar zu kommen, um den angefangenen Austausch fortsetzen zu können.



Hatice Erdogan schildert Sorgen und Nöte an der Klinik



Martin Zieher in der Fragerunde



Hubertus Heil hört zu

für ihren Einsatz entsprechend zu bezahlen, damit das anfängliche Klatschen im Nachhinein nicht als Hohn in den Ohren der Betroffenen nachklinge.

Tarifliche Entlohnung für die Beschäftigten sei hierbei wichtig, damit alle von guter Bezahlung profitieren könnten. Der Staat solle seinen Teil dazu beitragen, indem er öffentliche Aufträge nur an Firmen vergabe, die nach Tarif bezahlen. Für ein entsprechendes Gesetz wolle er sich stark machen. Es könne schließlich nicht sein, dass mit öffentlichen Geldern Unternehmen bezahlt werden, die ihre Arbeiterinnen und Arbeiter ausbeuten. Hier gelte es alle Berufsgruppen einer Branche in den Blick zu nehmen. Auch die Menschen, die im Keller eines Krankenhauses die Betten reinigten,

STANDPUNKT



Sandra Ihne-Köneke

Gut Ding will Weile haben. Als stärkste Fraktion waren wir in der Verantwortung, Gespräche für eine mögliche Koalition zu beginnen und haben uns für unser Ziel, eine stabile, verlässliche Stadtregierung herbeizuführen, Zeit genommen. Wir haben mit allen demokratischen Fraktionen Gespräche geführt. Alle Gespräche, auch die mit der CDU und den Linken, waren wertschätzend, konstruktiv und offen.

Letztendlich gab es mit der FDP, den FW und Bündnis 90/die Grünen die meisten Gemeinsamkeiten, um unsere sozialdemokratischen Ziele und begonnenen Projekte zu verwirklichen.

In den nächsten fünf Jahren brauchen wir ein starkes Team, das an einem Strang zieht, um die großen Herausforderungen in Wetzlar zu stemmen.

Die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Coronapandemie, das Erreichen der Klima-, Umwelt- und Energieziele, eine nachhaltige, soziale Stadtentwicklung und die Digitalisierung werden ein hohes Maß an Sacharbeit brauchen. Dazu kommt noch die besondere Herausforderung in Wetzlar durch die marode B 49 und die damit verbundenen Konsequenzen.

Mit dem jetzt vorliegenden Koalitionsvertrag haben wir eine gute gemeinsame Basis geschaffen, um erfolgreich zu handeln. „Für die Menschen mit den Menschen“ bedeutet für uns: Beteiligung schaffen, die vielen unterschiedlichen Bedürfnisse und Lebenslagen der Menschen zu sehen und dementsprechend zu handeln.

Wir werden gemeinsam mit der FDP, FW und Bündnis 90/die Grünen an einem Strang ziehen für den Erhalt und die Weiterentwicklung der Attraktivität Wetzlars und für eine hohe Lebens- und Aufenthaltsqualität. In der kommenden Legislaturperiode wollen wir zeigen, dass Ökologie und Stärkung der Wirtschaft kein Widerspruch sein müssen.

Die Entwicklung des Gewerbegebiets Münchholzhäuser I werden wir als Koalition vorantreiben. Die Zukunftssicherung der Altstadt mit der Verwirklichung der „Domhöfe“, dem „ScienceCenter“, dem Parkhaus und der Angebotsvielfalt lässt sich mit dieser Koalition verwirklichen. Der Rahmenplan „Altstadt“ hat seinen Platz in den Koalitionsvereinbarungen gefunden.

Allen ist klar, es gilt weiterhin Teilhabe für Menschen mit Einschränkungen oder besonderen Lebenslagen zu schaffen sowie existenzielle Not zu vermeiden. Gleiche Startchancen für alle Kinder und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind auch den anderen Koalitionspartnern wichtig genauso wie die Angebotsvielfalt des Sport-, Kultur- und Ehrenamtsbereich.

Die Ausarbeitung des Koalitionsvertrags hat gezeigt, dass eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit möglich ist.

Gemeinsam für eine nachhaltige Stadtentwicklung in der Ökologie, soziales und wirtschaftliches Handeln Hand in Hand gehen.

Ihre Sandra Ihne-Köneke

Impressum

Herausgeber: SPD Stadtverband Wetzlar
Bergstraße 60, 35578 Wetzlar
Telefon (06441) 209 25 20
www.spd-wetzlar.de

V.i.S.d.P.: SPD Stadtverband Wetzlar

Verantwortliche Redakteurin:
Sandra Ihne-Köneke

Redaktion: Manfred Wagner,
Bärbel Keiner, Christopher Bursukis,
Heiner Jung, Jörg Kratkey, Olaf Körting,
Jan Moritz Böcher, Peter Helmut Weber,
Sabrina Zeaiter, Thorsten Dickopf,
Cirsten Kunz, Andrea Lich-Brand

Anzeigen: Heiner Jung
Gestaltung, Satz und Layout:
heiner Medienservice, Wetzlar

Druck: Frankfurter Societätsdruckerei
Für den Druck der Wetzlarer Nachrichten wird 100 Prozent Recycling Papier verwendet.

Die CO₂-Belastung durch den Druck der Zeitung wird kompensiert durch Zahlung in Umweltprojekte von First Climate.



Zwei Milliarden Aufholpaket für Schüler:innen beschlossen

Dagmar Schmidt: „Ziel unserer Politik ist aber darüber hinaus, Familien mit einer Kindergrundsicherung zu stärken.“

Die Pandemie hat Kinder, Jugendliche und ihre Familien besonders getroffen. Vor allem diejenigen, die schon vorher nicht auf der Sonnenseite gelebt haben. Distanzunterricht, mangelnde digitale Ausstattung und Erfahrung, Homeoffice, Existenzängste – alles das hat Spuren hinterlassen.

Mit dem zwei Milliarden Aufholpaket unterstützt der Bund die Länder dabei, pandemiebedingte schulische Nachteile aufzuholen. Uns war es aber auch wichtig, Freizeitaktivitäten, gemeinsames Erleben mit Gleichaltrigen und mit den Familien finanziell zu unterstützen und einfacher zu machen.

Ziel unserer Politik ist aber darüber hinaus, Familien mit einer Kindergrundsicherung zu stärken. Sie besteht aus zwei starken Säulen: **Erste Säule finanzielle Leistung:** Bisher ist es so, dass Familien mit hohem Einkommen durch den Steuerfreibetrag mehr für ihre Kinder erhalten als Familien mit geringeren oder mittleren Einkommen über das Kindergeld. Diese Logik wollen wir umkehren und Kinder eigenständig und unabhängig davon, ob die Eltern Grundsicherung beziehen, absichern. Damit alle Kinder sich ihre Hobbys gemeinsam mit den Freunden leisten können.



Mobilität ist gerade für Jugendliche ein wichtiger Schlüssel am Leben teilzunehmen, deshalb fordern wir freie Fahrt

nen. Unser neues Kindergeld beträgt mindestens 250 Euro Basisbetrag und erhöht sich, je geringer das Einkommen ist, auf mindestens das Doppelte. Das neue Kindergeld bündelt verschiedene familienpolitische Leistungen und unser Ziel ist es, dass es automatisch und ohne Antrag ausgezahlt wird. Mehr finanzielle Möglichkeiten und weniger finanzielle Sorgen entlasten Familien und erleichtern das Leben. Das allein reicht aber nicht. Ein afrikanisches Sprichwort

sagt: „Um ein Kind groß zu ziehen braucht es ein ganzes Dorf.“ Dieses „Dorf“ bauen wir mit unserer zweiten Säule.

Zweite Säule soziale Infrastruktur: Um Chancengleichheit für alle Kinder, unabhängig von Herkunft und Geldbeutel der Eltern, zu gewährleisten, wollen wir in die sozialen Strukturen vor Ort investieren. Wir machen Kita-Angebote kostenfrei und sorgen für verlässliche und kostenfreie Ganztagsangebote an Schulen. Sei es ein Stadt-

bummel in der nächsten Stadt, der Weg zum Training oder ein Kinobesuch: Mobilität ist auch für Kinder und gerade für Jugendliche ein wichtiger Schlüssel am Leben teilzunehmen. Wir wollen nicht nur freie Fahrt in Bus und Bahn für alle bis 18 Jahren, sondern auch eine Mobilitätsgarantie für Kinder und Jugendliche im ländlichen Raum.

Denn was nutzt ein kostenloses Busticket, wenn der Bus nicht fährt. Wir wollen das Mama-Taxi durch öffentlich organisierte Mo-



Dagmar Schmidt ist seit 2013 Mitglied im Deutschen Bundestag. Dort ist sie im Ausschuss für Arbeit und Soziales und stellvertretendes Mitglied im Petitionsausschuss und im Auswärtigen Ausschuss. Sie ist zudem Vorsitzende der Deutsch-Chinesischen Parlamentariergruppe. Seit 2013 ist sie Mitglied im Bundesvorstand der SPD, wo sie sich ebenfalls hauptsächlich mit dem Themenbereich Arbeit und Soziales beschäftigt.

bilität ersetzen.

Mit unseren Vorschlägen werden wir Kinderarmut in Deutschland nachhaltig bekämpfen. Ein reiches Land wie Deutschland muss allen Kindern gleiche Chancen und Möglichkeiten eröffnen.

Aus voller Überzeugung für Berlin und für Deutschland

Franziska Giffey: Deutschland braucht auch in Zukunft eine starke Sozialdemokratie

Die heiße Wahlkampfphase hat begonnen und die Stimmung im Land dreht sich. In den Umfragen liegen wir vorn, bis zum Wahltag werden wir alles geben, damit das auch das Ergebnis wird. Lange war eine Wahl nicht mehr so spannend. Das gilt für den Bund genauso wie für Berlin. Das Narrativ der Grünen, im Bund wie im Land nur im Duell mit der Union zu sein, gilt nicht mehr.

Ich kehre mit dieser Wahl aus voller Überzeugung vom Bund nach Berlin zurück. Denn unsere Hauptstadt, in der ich seit über 20 Jahren zuhause bin, gehört zu den attraktivsten Städten Europas und der Welt. Dazu hat die sozialdemokratische Politik, die diese Stadt seit vielen Jahren mit großer Erfahrung und Kompetenz gestaltet, einen entscheidenden Beitrag geleistet. Ich will an diesen Erfolg anknüpfen und Berlin als lebenswerte Metropole mit Herz und Verstand weiterentwickeln. Denn es macht einen Unterschied, ob die SPD mitregiert oder nicht.

Die Sozialdemokratie gibt das Versprechen, Bildungs- und sozialer Herkunft abzukoppeln, damit nicht wichtig ist, woher jemand kommt, sondern wer er oder sie sein will. Dafür braucht es große Kraftanstrengungen auf allen Ebenen, starke staatliche Institutionen, die gut funktionieren und verlässlich sind. Daraus erwächst Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates und davon hängt die Stabilität unserer Demokratie ab. Ich bin überzeugt: Deutschland



Bei ihrem letzten Besuch in Wetzlar. Von links: Olaf Körting, OB Manfred Wagner, Franziska Giffey, Gudrun Kräuter, Dagmar Schmidt (MdB) und Karlheinz Kräuter

braucht auch in Zukunft eine starke Sozialdemokratie, die für soziale Gerechtigkeit, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern und den Ausgleich der sozialen, ökologischen und ökonomischen Interessen sorgt, die sich für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einsetzt und nah bei den Menschen ist. Dafür leiste ich meinen Beitrag.

Genau deshalb habe ich mich mit 29 Jahren dazu entschieden, in die Politik zu gehen. Ganz bewusst im Berliner Bezirk Neukölln, den seit 1959 eine enge Partnerschaft mit Wetzlar verbindet. Neukölln wird oft als Brennpunkt bezeichnet, weil sich hier die sozialen Problemlagen und die Heraus-

forderungen einer jeden Großstadt ballen. Ich wollte dort arbeiten, wo Menschen aus unterschiedlichen sozialen und kulturellen Hintergründen zusammenkommen und wo staatliche Unterstützung in ganz besonderer Weise wichtig ist.

Herausforderungen verlangen Handeln. Ich weiß daher, wie entscheidend ein starker Staat, eine starke Stadt ist. Damit Wohnen bezahlbar bleibt. Damit alle Kinder eine liebevolle Betreuung finden. Damit die Wirtschaft stark ist und Menschen Arbeit haben. Ich weiß aber auch, wie wichtig klare Regeln für unser Zusammenleben sind, damit unser demokratisches Gemeinwesen und der soziale Frieden Bestand haben.

Meine Erfahrungen aus Neukölln und in der Kommunalpolitik begleiteten mich auch als Bundesministerin. Das Gute-Kita-Gesetz, das Starke-Familien-Gesetz, das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz, das neue Adoptionshilferecht, die Elterngeldreform, die konzertierte Aktion Pflege oder das Bundesprogramm gegen Gewalt an Frauen sind nur einige Beispiele für konkrete Veränderungen, die den Familien und den Menschen von Jung bis Alt überall in Deutschland zugutekommen. Das alles bringe ich ein für meine Kandidatur als Regierende Bürgermeisterin von Berlin.

In nur wenigen Wochen entscheidet sich auch, wer als Kanz-



Franziska Giffey ist Spitzenkandidatin der Berliner SPD bei der Abgeordnetenhauswahl 2021. Gemeinsam mit Raed Saleh ist sie zudem seit Ende 2020 Landesvorsitzende der SPD Berlin. Von 2018-2021 war sie Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Zuvor war Franziska Giffey Bezirksbürgermeisterin und Dezernentin für Bildung, Schule, Kultur und Sport in Berlin-Neukölln, dem Wetzlarer Partnerbezirk.

ler oder Kanzlerin unser Land in den nächsten vier Jahren führen soll. Olaf Scholz hat die Erfahrung und die Kompetenz, die Deutschland jetzt braucht, um die großen Aufgaben der nächsten Jahre anzugehen. Ich werde ihn nach Kräften unterstützen. Wir beide kämpfen für eine starke SPD im Land wie im Bund. Aus voller Überzeugung für Berlin und für Deutschland.

Ein neuer Rastplatz am Bismarckturm

Lions Club spendet Tisch und Bänke



Vertreter des Lions Clubs und der Stadt Wetzlar bei der Bankübergabe

Der Lions Club Wetzlar hat am Bismarckturm in Wetzlar einen Rastplatz mit Tisch und Bänken im Wert von 1.800 Euro gespendet. Die Sitzgruppe wurde kürzlich von Vertretern der Lions und der Stadt Wetzlar eingeweiht.

Die Spende ist Teil einer Gemeinschaftsaktion der Lions Clubs im gesamten Lahntal zur Verbesserung der Infrastruktur am Lahnwanderweg, wie Lions-Club-Präsident Ulrich Theis und Past-Präsident Wolfram Dette erläuterten. Dieser deutschlandweit sehr beliebte Wanderweg erhalte dadurch rund 20 neue Sitzgelegenheiten zwischen Marburg und Dietz und werde deutlich aufgewertet. Die Tisch-Bank-Kombination am Bismarckturm sei zudem in der Wetzlarer Werkstatt der Lebenshilfe gefertigt worden.

Wolfram Dette bedankte sich bei der Stadt Wetzlar – hier insbe-

sondere bei der Tourist-Information und dem Stadtbetriebsamt – für die Unterstützung dieser Aktion, die nicht nur die touristische Attraktivität des Wanderweges aufwerte, sondern auch für die Wetzlarer Bevölkerung einen neuen Anlaufpunkt zum Verweilen biete.

Der Standort für die neue Rastmöglichkeit wurde ausgewählt, da am Bismarckturm vier verschiedene regionale und überregionale, teils auch zertifizierte Wanderwege verlaufen: der Lahnwanderweg, der 3-Türme-Weg, der Goetheweg und der Rautenweg.

„Mit diesem Beitrag wird Wandertourismus weiter gestärkt, wofür ich dem Lions Club Wetzlar ausdrücklich danken möchten“, so Oberbürgermeister Manfred Wagner. Wagner sah in der Aktion der heimischen Lions Clubs zugleich auch ein sehr schönes Vorhaben, um die mittelhessische Identität zu stärken.

Rita Schneider-Cartocci und Sven Ringsdorf ausgezeichnet

Zwei Ehrenbriefträger, die „europäisch“ sprechen

Mit Rita Schneider-Cartocci und Sven Ringsdorf hat Oberbürgermeister Manfred Wagner (SPD) am Freitag (2. Juli) zwei Persönlichkeiten ausgezeichnet, die sich besonders für ein zusammenwachsendes Europa engagiert haben.

Die beiden Geehrten ließen den europäischen Geist in den Mauern der Stadt Wetzlar lebendig werden, sagte Wagner bei der Verleihung im Garten des Palais Papius. Sie verbinde ihr europapolitisches Engagement, „sie denken und sprechen europäisch“.

Schneider-Cartocci habe sich seit 18 Jahren als Vorsitzende der Deutsch-Italienischen Gesellschaft Mittelhessen (DIG) in der Pflege der Städtepartnerschaften mit Italien engagiert, besonders der Verbindung zwischen Wetzlar und Siena sowie Gießen und Ferrara. Für Jugendliche und Kinder habe sie vielfältige Veranstaltungen organisiert wie Lesungen, Bastel- und Kochkurse, um ihnen die italienische Kultur näherzubringen. Daneben habe sie Studien-



Sven Ringsdorf und Rita Schneider-Cartocci wurden von Oberbürgermeister Manfred Wagner (Mitte) mit dem Landesehrenbrief ausgezeichnet

reisen organisiert und die Zusammenarbeit mit anderen Kulturvereinen gesucht.

Auch Sven Ringsdorf habe sich in der DIG u.a. als Jugendleiter engagiert. Trotz seiner jungen Jahre könne der 32-Jährige auf 14 prall gefüllte Jahre Ehrenamt zurückblicken, wozu auch seine Tätigkeit in der überparteilichen Europa-Union gehört, in der er sowohl im Landesvorstand als auch als Kreisvorsitzender wirkt.

„Doch Ringsdorf spricht nicht

nur europäisch, sondern auch platt“, ergänzte Wagner. Mit seinem heimatgeschichtlichen Engagement, etwa im Verein zur Erhaltung der mittelhessischen Mundart und des Vereins „Biela Marca Heimat Oberbiel“ sei er ein begeisterter Botschafter unserer Region, besonders von Braunfels, wo er als Stadtführer tätig ist. „Wir ehren zwei Vorbilder für bürgerschaftliches Engagement mit Gestaltungskraft und Visionen“, so Wagner.

Unterstützung der Sportvereine

Werbekampagne für einen Neustart nach der coronabedingten Zwangspause

Die Kampagne „UNSER SPORT VEREIN(T) UNS“ ist ein riesengroßes Dankeschön an unsere Sportvereine. Wir stehen immer an Eurer Seite – vor, während und nach der Pandemie.

Die Kampagne, die von der Stadt Wetzlar, dem Sportkreis Lahn-Dill und dem Lahn-Dill-Kreis mit tatkräftiger Unterstützung des Forum Wetzlar ins Leben gerufen wurde, hilft den Vereinen, sich sympathisch, offen, sozial kompetent und vor allem als funktionierende Sportgemeinschaft in der Öffentlichkeit zu präsentieren.

Nachdem die Corona-Krise für Mitgliederschwund in der Vereinswelt sorgte und weite Bereiche des sportlichen Treibens lähmte, rufen die Initiatoren der Kampagne zur aktiven Rückkehr in die Sportvereine auf und unterstützen die Clubs bei dem Neustart nach der coronabedingten Zwangspause. Eine Mitgliedschaft in einem Verein geht



weit über das gemeinsame Interesse an Aktivität und Bewegung hinaus. Die Vereine stehen für gesellschaftlichen Zusammenhalt, regionale Identifikation und gegenseitige Unterstützung.

Die Werbekampagne rückt die Werte und gesellschaftlichen Stärken, die unsere Sportvereine verkörpern, in den Fokus. „Füreinander da sein, miteinander erleben: Starten wir wieder gemeinsam durch! In Deinem Sportverein bringst Du Dich in Schwung. Unter Freunden und mit Freude. Sei Teil

unserer aktiven Vereinsfamilie“, lautet der Aufruf von Stadt, Sportkreis und Landkreis.

Neben einer aktiven Werbekampagne erhalten die Vereine die Möglichkeit, professionell aufbereitete Werbemittel digital zu verwenden und für den jeweiligen eigenen Internetauftritt zu nutzen. Darüber hinaus initiieren die Stadt Wetzlar und der Sportkreis einen Wettbewerb, der die Vereine mit dem prozentual größten Mitgliederzuwachs in den kommenden Monaten ehrt.

OB Manfred Wagner bei einem Besuch des neu eröffneten Lokals am Fischmarkt. „Francesco Dati hat das über 23 Jahre von Thomas Weigold geführte Lokal am Fischmarkt übernommen und kehrt als früherer Wirt des ‚Bellini‘ an den Domplatz zurück. Ich finde, diese unternehmerische Entscheidung zeigt Mut und Zuversicht und stellt gerade in diesen bewegten Zeiten ein tolles Signal dar, gerade auch für unsere Altstadt.“

Viel Erfolg und herzlichen Dank, Francesco Dati, dass Sie mit vielen anderen engagierten Händlern und Gastronomen für die Lebendigkeit unserer Altstadt sorgen!“



BJÖRN THEISS
Gartengestaltung

■ Beratung ■ Planung ■ Ausführung ■ Handel ■ Service

...mit uns neue Wege gehen!

Pflasterarbeiten | Raseneinsaaten | Zaunbau | Ganzjahrespflege | Teichbau
Fällarbeiten | Trockenmauern | Pflanzungen | Treppenbau | Winterdienst

Rainstraße 19 | 35633 Lahnau - Waldgirmes
Fon 06441 - 3 14 39 | Fax 06441 - 39 09 53
www.theiss-garten.de | info@theiss-garten.de

301
RISTORANTE • PIZZERIA • BISTRO

A. Kacar
Inhaber
Geschäftsführer

Kirchplatz 2
35579 Steindorf
Telefon 06441 - 204 48 48
Mobil 0171 - 5 23 12 62

Feuerwehr Dutenhofen erhält ein neues Domizil

Stadt tätigt Grundstücksankäufe – ein entscheidender Schritt ist getan

Die Stadt Wetzlar hat jetzt einen weiteren Schritt für den Neubau des Feuerwehrgerätehauses in Dutenhofen vollzogen.

Wie Oberbürgermeister Manfred Wagner ausführte, wurden Grundstücksankäufe getätigt, so dass in der Nachbarschaft zur Kindertagesstätte „Bärenland“ eine neue Wache errichtet werden kann. Hier stehen für das neue Domizil der Brandschützer rund 4.300 m² zur Verfügung.

Das Feuerwehrgerätehaus in der Straße „Zum Seifengraben“ ist in die Jahre gekommen. Schließlich wurden im Laufe der Zeit die Fahrzeuge, die in der Halle unterzubringen sind, größer und weitere Ausstattungsgegenstände kamen hinzu, um den Brandschutz in Dutenhofen zu gewährleisten. Damit wurden die erforderlichen Sicherheitsabstände in dem Funktionsgebäude zunehmend eingeschränkt.

Auch sind die Umkleidemöglichkeiten und die Sanitäreinrichtungen für die sehr gut aufgestellte und wachsende Wehr im Stadtteil Dutenhofen zu klein. Der Schulungsraum



Neben der Kindertagesstätte „Bärenland“ soll die neue Feuerwache

befinden sich überdies im ersten Obergeschoss und müsste einen zweiten Fluchtweg erhalten. All das ist, das bekräftigt auch Dutenhofens stellvertretende Ortsvorsteherin Dr. Sigrid Schmitt (SPD), an dem aktuellen Standort nicht möglich.

„Daher begrüßen wir es sehr, dass die Stadt jetzt mit dem Grunderwerb einen weiteren entscheidenden Schritt getan hat, um einen funktionalen Neubau für unsere Freiwillige Feuerwehr zu errichten“, so die stellvertretende Ortsvorsteherin.

Wie der Oberbürgermeister, der

zugleich auch Brandschutzdezernent ist, ergänzte, werde die Wehrführung der Dutenhofener Brandschützer eng in den Planungsprozess eingebunden. Schließlich sei die Expertise der Kameradinnen und Kameraden, die das neue Gerätehaus nutzen werden, sehr wichtig.

Was den Altstandort anbelange, so strebe man einen Verkauf des Anwesens an, um es zum einen einer dem Umfeld angepassten Nutzung zuzuführen und zum anderen auch einen Refinanzierungsbeitrag für den Neubau zu erwirtschaften.

„Lasst uns Brücken statt Mauern bauen.“

Mit diesem Zitat erinnert Partnerschaftsdezernent Karl-Heinz Kräuter an den Mauerbau vor 60 Jahren



Von links: Karlheinz Kräuter, Sandra Ihne-Köneke und Anne Peter-Lauff

Auf Einladung des Partnerschaftsdezernenten Karlheinz Kräuter gedachten am 13.08.2021 Kommunalpolitiker* und Vertreter* des Dalheims-Treffs der Opfer des Mauerbaus vor 60 Jahren.

beim Versuch die Mauer zu überwinden erschossen wurden.

Weit über 100.000 Bürger:innen der DDR versuchten zwischen 1961-1988 über die innerdeutsche Grenze oder über die Berliner Mauer zu fliehen. Seit vielen Jahren pflegt Karl-Heinz Kräuter als Partnerschaftsdezernent der Stadt den Austausch, die guten Beziehungen zu den Partnerstädten Ilmenau in Thüringen, Pisek in Tschechien und dem Stadtteil Neukölln in Berlin.

Am 13.08.1961 begann das DDR-Regime mit dem Bau der Mauer. Kräuter beschrieb eindrucksvoll, was die deutsch-deutsche Teilung für Familien und Freunde bedeutete.

Das Leid der Menschen durch die Trennung zu ihren Familien und Freunden, sowie zerstörte Existenzen. Er erinnerte an die Gegner des DDR-Regimes, die eingesperrt wurden, deren Lebenswege und Karrieren zerstört wurden, sowie an die vielen Menschen, die

„Lasst uns Brücken statt Mauern bauen,“ zitierte Kräuter Isaac Newton bei der Kranzniederlegung an einem Berliner-Mauerstück in der Neukölln-Anlage in Dalheim. Mit einer Schweigeminute für die Toten endete die Gedenkstunde.

Dagmar Schmidt zu Gast in Steindorf

Themen waren gerechte Löhne, bezahlbares Wohnen und die Entwicklung der Infrastruktur in unserer Region



Foto: Mathias Köhner

Zum Treffen mit Mitgliedern des Steindorfer Ortsvereins ging's für Dagmar Schmidt ins Grüne. Denn neben der sozialen Frage ist die ökologische eine der wichtigsten, wenn es um unsere Zukunft geht. Beide stehen zu Recht im Mittelpunkt des diesjährigen Bundestagswahlkampfes.

Auch zu den Aktivitäten der Steindorfer Mitglieder passte der Ort des Treffens perfekt. Nach der gelungenen Baumpflanzaktion des Ortsvereins im letzten Jahr befindet sich die nächste schon in Vorbereitung, wie Ortsvereinsvorsitzender Olaf Körting berichten konnte. Am 20. November hoffen die Steindorfer auf eine erneut gro-

ße Beteiligung, wenn es unter Anleitung von Revierförster Thomas George wieder zur Aufforstung in den heimischen Wald geht.

Beim Austausch mit der Bundestagsabgeordneten, die sich um das Direktmandat im Lahn-Dill-Kreis bewirbt, ging es aber auch um gerechte Löhne, bezahlbares Wohnen und die Entwicklung der Infrastruktur in unserer Region. „Dank Wolfgang Schuster stehen wir an dieser Stelle gut da“, stellte Schmidt klar.

Einig war sie sich mit den Anwesenden, dass die teilweise Privatisierung der Infrastruktur in Deutschland ein großer Fehler war. „Dies habe ich von Anfang an kritisiert“, stellte die Abgeordnete,

die auch Mitglied im Vorstand der Bundestagsfraktion ist, fest.

Dass die SPD mit ihren Themenschwerpunkten in diesem Wahlkampf offensichtlich dem Wunsch vieler Menschen entspricht, zeigt die Resonanz aus der Bevölkerung. Darüber hinaus genießt der Kandidat Olaf Scholz bei den Wählerinnen und Wählern großes Vertrauen. Hierin waren sich alle einig.

Mit „Wir sehen uns im Wahlkampf“, verabschiedete sich Dagmar Schmidt kämpferisch, um sich zum nächsten Treffen auf den Weg zu machen, wohl wissend, dass gute Umfragewerte noch keinen Erfolg am Wahltag garantieren.

Winfried Jung – 50 Jahre Mitgliedschaft in der SPD

Bis heute starkes Engagement für Naunheim



Winfried Jung und Dagmar Schmidt (MdB)

Im Rahmen seiner Jahreshauptversammlung konnte der Naunheimer SPD-Ortsverein Winfried Jung für 50 Jahre Mitgliedschaft in der SPD ehren.

Bereits im Jahr nach seinem Eintritt in die SPD wurde Winfried Jung 1972 in die Gemeindevertretung der damals noch selbständigen Gemeinde Naunheim gewählt, hat danach viele Jahre als Ortsbeiratsmitglied und auch als Stadtverordneter die Interessen der Menschen in Naunheim und Wetz-

lar vertreten. Nach einigen Jahren Pause ist Winfried Jung seit 2011 wieder im Ortsbeirat aktiv und bekleidet seither auch das Amt des stellvertretenden Ortsvorstehers.

MdB und SPD-Präsidiumsmitglied Dagmar Schmidt übernahm gerne gemeinsam mit Ortsvereinsvorsitzender Andrea Volk die Ehrung für 50 Jahre sehr aktive Mitgliedschaft und dankte Winfried Jung im Namen der Partei für seine Zeit und sein Engagement im politischen Ehrenamt.

BÖKELS KOLUMNE

Bundestagswahl, Frauenrechte und ein Plädoyer für unsere Bundestagsabgeordnete Dagmar Schmidt



Gerhard Bökel war seit 1978 Landtagsabgeordneter für Wetzlar, Landrat des Lahn-Dill-Kreises und später Innen- und Landwirtschaftsminister. Er lebt in Frankfurt und in der Nähe von Avignon.

Selten war der Ausgang einer Bundestagswahl so offen wie diesmal. Wer die Nachfolge der gefühlten Ewig-Kanzlerin Angela Merkel antreten wird, bleibt bis zuletzt die spannende Frage. Und selbst am Wahlabend wird das wohl noch nicht klar sein. Viel spricht dafür, dass es rechnerisch mehrere Optionen für eine Koalitionsbildung geben wird. Mit gutem Grund weisen die Meinungsforscher darauf hin, dass alle Prognosen eine erhebliche Fehlerquote beinhalten können. Es muss also bis zuletzt mobilisiert werden.

Inzwischen eine Selbstverständlichkeit, aber das war bei weitem nicht immer so. Gern erinnert Dagmar Schmidt daran, dass es vor allem Sozialdemokraten waren, die sich schon vor über 100 Jahren für die Rechte der Frauen eingesetzt haben. Sie waren es, die das Frauenwahlrecht durchgesetzt hatten. Und nicht ohne Stolz steht in den Annalen der Partei, dass es ihre Genossin Marie Juchacz war, die 1919 als erste Frau am Rednerpult der Weimarer Nationalversammlung stand. Noch heute ist sie weithin bekannt, vor allem weil unter ihrer Leitung die Arbeiterwohlfahrt (AWO) gegründet wurde.

Lohn. Da passte es, dass sie auch kein eigenes Bankkonto eröffnen konnte – das wurde ihr erst ab 1962 zugestanden.

che in den Vereinen schon im Keim zu ersticken, verbot der Deutsche Fußballbund (DFB) kategorisch den Frauenfußball 1955 mit der Begründung, dass im Kampf um den Ball die „weibliche Anmut verschwindet.“ Außerdem verletze das „Zurschaustellen des Körpers Schicklichkeit und Anstand.“ Erst in den siebziger Jahren lockerte der DFB das Verbot mit Auflagen. Der Ball war kleiner, Stollenschuhe verboten und eine Halbzeit durfte bei den Frauen nur 35 Minuten dauern. Als 1989 die DFB-Frauen dann sogar Europameisterinnen wurden, gab es für jede Spielerin eine Prämie: ein Kaffeeservice und ein Bügelbrett.



Dagmar Schmidt

Spannend wird es sicher auch im heimischen Bundestagswahlkreis. Mit der 48jährigen Sozialdemokratin Dagmar Schmidt kandidiert eine ebenso erfahrene wie versierte Abgeordnete. Als Mitglied des Vorstands der SPD-Bundestagsfraktion und des SPD-Bundesvorstandes gehört sie zu den führenden hessischen Sozialdemokraten. Und so hatte es auch gute Gründe, dass sie auf der Landesliste ihrer Partei hinter Europaminister Michael Roth auf Platz zwei gesetzt wurde.



Elisabeth Selbert

Vom Wahlrecht für Frauen bis zu ihrer rechtlichen Gleichberechtigung war allerdings ein weiter Weg. Dem unermüdlichen Drängen der Kasseler Sozialdemokratin Elisabeth Selbert – eine der „Mütter“ des Grundgesetzes – ist es zu verdanken, dass der Satz „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ 1949 in das Grundgesetz aufgenommen wurde. Doch es hat lange gedauert, bis dieser uns heute so selbstverständlich erscheinende Grundsatz Schritt für Schritt umgesetzt wurde. Noch bis 1958 hatte der Ehemann das alleinige Bestimmungsrecht über Frau und Kinder inne. Bis dahin konnte er auch den Arbeitsvertrag seiner Frau ohne deren Einwilligung fristlos kündigen. Hatte er seiner Frau erlaubt, zu arbeiten, verwaltete er ihren

Als Fortschritt wurde schon angesehen, dass ab 1958 im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) festgehalten wurde, dass fortan „die Frau den Haushalt in eigener Verantwortung“ führen konnte. Und sie durfte nun „erwerbstätig sein“ – aber nur soweit „dies mit den Pflichten in Ehe und Familie vereinbar“ war. Das zu beurteilen, war immer noch Sache des Mannes. Und erst ab 1977 brauchten die Ehefrauen nicht mehr die Einwilligung ihres Ehemannes, um arbeiten zu dürfen.

Lange, viel zu lange, wurde auch über die Frage diskutiert, ob Vergewaltigung in der Ehe unter Strafe gestellt werden sollte. Als die grüne Abgeordnete Petra Kelly 1983 im Bundestag in die Runde fragte, ob sie dafür sei, dass „Vergewaltigung in der Ehe in das Strafgesetzbuch kommt,“ antwortete der FDP-Abgeordnete Detlef Kleinert mit „nein“ und brach in Lachen aus. Männliche Kollegen johlten und klopfen Beifall. So hat es bis 1997 gedauert, bis die Vergewaltigung in der Ehe als Straftatbestand im Gesetz verankert wurde. Mit Gegenstimmen aus Reihen von CDU, CSU und FDP – darunter CDU-Mann Friedrich Merz, der das Wirtschaftsministerium anstrebt und eigentlich Kanzlerkandidat werden wollte.

Aber nicht nur in der Politik, auch im gesellschaftlichen Alltag blieb vieles Männerdomäne. Dazu ein Beispiel aus dem Sport: wenn Frauen Fußball spielen wollten, konnten sie das nur im nicht-organisierten Rahmen. Um alle Versu-



Fotos: 123RF

Am 12. Mai 1971 wurden die „Heute“-Nachrichten von einer Frau gesprochen. Und das ohne Vorankündigung. Deutschland war geschockt. So wurde Wibke Bruhns erste Nachrichtensprecherin im bundesdeutschen Fernsehen. Eine männliche Domäne war gefallen. Eine zweite sollte zwei Jahre später folgen. Als Carmen Thomas als erste Frau das ZDF-Sportstudio moderierte, verschwand sie aber schnell wieder vom Bildschirm. Sie hatte sich den für die Männerwelt unverzeihlichen Lapsus geleistet und von „Schalke 05“ gesprochen.

Zurück zur Politik. Während ich das schreibe, geht mir durch den Kopf: wie das eigentlich damals im Jahr 1978 war, als ich erstmals für den Wahlkreis Wetzlar in den Landtag gewählt wurde. Ein Blick in das Landtagshandbuch gibt Auskunft: ganze vier von fünfzig sozialdemokratischen Abgeordneten waren Frauen. Unter zehn Prozent! Etwas beschämt gebe ich zu: viel Gedanken habe ich mir damals darüber nicht gemacht. Auch auf Bundesebene dauerte es bis 1987, bis der Frauenanteil mit 15,4 Prozent zweistellig wurde – erstmals seit Einführung des Frauenwahlrechts 1918!

Im aktuellen Bundestag liegt der Frauenanteil bei 30,7 Prozent, dabei sieht es bei der SPD mit 41,8 Prozent besser aus. Das möge so (mindestens) bleiben. So freue ich mich, dass Dagmar Schmidt, die Wetzlarer Abgeordnete, wieder in den Bundestag einziehen wird – weil sie in Berlin äußert qualifiziert unterwegs ist und eine vorbildliche Wahlkreisarbeit macht. Dass sie dazu noch zu den starken Frauen gehört, rundet das Bild ab.

Stadt bereitet Wiedererrichtung von Sirenen vor

Oberbürgermeister Manfred Wagner sieht Handlungsbedarf, um die rechtzeitige Alarmierung der Bevölkerung sicherzustellen

Nach dem Ende des „Kalten Krieges“ in den 1990er Jahren wurden Sirenenanlagen in vielen Orten abgebaut – auch in Wetzlar. Jetzt lässt Oberbürgermeister Manfred Wagner (SPD) eine Wiedererrichtung der Sirenen prüfen.

Angesichts der jüngsten Starkregen- und Hochwasserkatastrophe mit vielen Todesopfern und mit unzureichenden Warnsystemen sei dies geboten. Schließlich seien viele Warnungen nicht bei den Betroffenen angekommen, weil die Stromversorgung unterbrochen war und auch Mobilfunknetze zusammengebrochen seien.

Zudem habe sich gerade auch bei den schrecklichen Ereignissen in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen gezeigt, dass auch nicht alle Menschen Benachrichtigungs-

systeme wie Apps nutzen. Hier sei eine Warnung durch Sirenen klar im Vorteil.

Deshalb hat Oberbürgermeister Manfred Wagner eine erste, grobe Standortplanung und Kostenschätzung für das Wetzlarer Stadtgebiet und die Stadtteile veranlasst.

Auf dieser Grundlage werden in den Nachtragshaushalt 2021 Haushaltsmittel für die weiteren Planungen in einer Größenordnung von 40.000 Euro eingestellt. Zudem wird eine sogenannte Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 360.000 Euro eingestellt werden.

Nach der vorliegenden Grobplanung müsse man davon ausgehen, dass zur Alarmierung der Bevölkerung im gesamten Stadtgebiet 26 Standorte benötigt werden. Die Kalkulation fuße auf der

Annahme, dass Anlagen auf bestehenden öffentlichen Gebäuden errichtet werden könnten, es zudem aber auch erforderlich sein werde, an bestimmten Standorten neue Masten für die Anlagen zu errichten und dort eine Batterietechnik vorzusehen, die auch beim Ausfall des Stromnetzes die Funktionsfähigkeit der Warnanlagen gewährleiste.

Wie Wagner weiter ausführte, sei nach wissenschaftlichen Vorberechnungen durch die Klimaveränderungen mit einer Zunahme von Starkregenereignisse, die zu Überflutungen führen können, zu rechnen. Daher bestehe auch Handlungsbedarf, um die rechtzeitige Alarmierung der Bevölkerung sicherzustellen.

„Der Abbau der Sirenen zum Beginn der 1990er Jahren nach Aus-



Fotos: 123RF

laufen der Mitfinanzierung durch den Bund mag gut begründet gewesen sein, doch das aktuelle La-

gebild erfordert eine Neubewertung“, erklärte der Oberbürgermeister.

Dagmar Schmidt auf Tour im Lahn-Dill-Kreis

Im Dialog mit Auszubildenden, Arbeitnehmern und Gewerkschaftern, Vertretern von Hochschule und Bundesagentur für Arbeit

Im Rahmen ihrer Woche der Ausbildung besuchte die SPD-Bundestagsabgeordnete Dagmar Schmidt Institutionen, Firmen und Einrichtungen, um sich über die aktuelle Ausbildungssituation vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie zu informieren.



Fotos: Mathias Krämer

Kräuter Metallbau

„Das Handwerk ist krisensicher. Trotz oder gerade aufgrund der Pandemie sind die Auftragsbücher voll. Unser Ziel ist es, die Ausbildungsberufe attraktiver zu machen. Kostenfreie Bildung von der Kita bis zum Meister oder Master steht auf unserer Agenda, jetzt brauchen wir die Mehrheiten dafür.“

Bildungszentrum Pflege

„Gerade jetzt in der Pandemie zeigt es sich: Pflegekräfte müssen häufig bis an ihre Belastungsgrenze oder sogar darüber hinaus arbeiten. Deshalb ist es gut und richtig, dass wir die verpflichtende Zahlung eines Tariflohns beschlossen haben. Vielen Dank an alle, die auch in schwierigen Zeiten flexibel reagiert und eine gute Ausbildung ermöglicht haben.“



ZEISS

„Wer heute eine Ausbildung absolviert, dem stehen alle Türen offen. Und es lohnt sich auch für die Unternehmen gut auszubilden. Umso wichtiger, dass ZEISS klug in die Zukunft investiert und den Standort durch eine neue Ausbildungswerkstatt sichert.“



Outokumpu

„Es ist sehr gut, wenn Auszubildende schon früh stark und praxisorientiert in das Unternehmen eingebunden werden. Das stärkt die Attraktivität der Ausbildung und erleichtert den Übergang von der Ausbildung in den Beruf für beide Seiten.“



Bfw Garbenheim

„Unser Bildungssystem muss Chancen für alle bereitstellen. Ob jung oder alt, mit oder ohne Beeinträchtigung, alle müssen die Möglichkeit haben sich individuell weiterzuentwickeln und hinzuzulernen. Deshalb sind solche Projekte besonders unterstützenswert. Ich danke vor allem der Leiterin Frau Lipp für ihren unermüdlichen Einsatz!“



Fotos: Mathias Krämer

Bundesagentur für Arbeit

„Es bedarf der Anstrengung aller Akteure, insbesondere die der Arbeitgeber, die berufliche Ausbildung zu stärken. Mit der Mindestauszubildendenvergütung wurde ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung getan. Mit weiteren Ausbildungsprogrammen des Bundes und dem Aufholpaket soll die berufliche Ausbildung weiter gestärkt und attraktiver gemacht werden. Ich freue mich sehr darüber, dass die Bundesagentur für Arbeit oft in den Schulen unterwegs ist, um für gute Ausbildungsplätze zu werben.“



Continental

„Viele Auslandspraktika mussten aufgrund der Pandemie abgesagt werden. Ich hoffe sehr für alle Auszubildenden, dass sich die Situation bessert und sie dann auch wieder spannende Erfahrungen in der ganzen Welt machen können. Wichtig ist, dass die Ausbildung am Standort für die nächsten Jahre gesichert werden konnte.“



THM Wetzlar

„Die THM ist mit StudiumPlus in Wetzlar schon jetzt einer der wichtigsten Akteure für die berufliche Ausbildung in unserer Region. Gemeinsam mit den Unternehmen können alle gemeinsam dafür sorgen, dass die Wirtschaft innovativ die Herausforderungen der Transformationsprozesse bewältigen kann und gute und sichere Arbeitsplätze in der Region bleiben.“

Neue Herausforderungen erfordern neue Wege

Koalitionsvertrag trägt die Handschrift der Wetzlarer SPD



Von links: Dr. Matthias Büger FDP, Frank Kontz FDP, Norbert Körtlücke Bündnis 90/Die Grünen, Thorben Sämann Bündnis 90/Die Grünen, Dunja Boch FW, Manfred Wagner SPD, Sandra Ihne-Köneke SPD, Dr. Andreas Viertelhausen FW.

Seit 2011 trägt die Wetzlarer SPD kommunalpolitische Verantwortung in und für Wetzlar. Ihre Handschrift ist auch ganz deutlich in dem neuen Koalitionsvertrag für die Jahre 2021 bis 2026 zu erkennen, den die Sozialdemokraten mit Bündnis 90/Die Grünen, Freien Wählern und Freien Demokraten abgeschlossen haben.

Die Kommunalwahl im März führte zu einer veränderten Zusammensetzung des Stadtparlaments. Inzwischen sind in der Wetzlarer Vertretungskörperschaft neun unterschiedliche politische Gruppierungen vertreten; davon sieben mit Fraktions- und zwei mit Gruppenstatus. Die bisherige Koalition verlor ihre knappe Einstimmigkeit. In der Folge waren vielfältige Sondierungsgespräche mit den demokratischen Kräften im Stadtparlament erforderlich, die in Koalitionsverhandlungen der SPD und ihren bisherigen Partnern – Bündnis 90/Die Grünen und Freien Wählern – sowie der FDP mündeten.

Inzwischen ist der Koalitionsvertrag unterschrieben und damit ist inhaltlich ein gutes Fundament für die neue Koalition, die im

Wetzlarer Stadtparlament über 33 von 59 Mandaten verfügt, gelegt. Dies gibt Verlässlichkeit und auch Berechenbarkeit für die bevorstehenden Jahre.

„Neue Herausforderungen erfordern neue Wege“, diesen Leitsatz haben wir gemeinsam mit unseren Partnern unserer Vereinbarung vorangestellt, betonte Manfred Wagner, Stadtverbandsvorsitzender der SPD.

Zu nennen ist die Herausforderung, die sich auch mittelfristig infolge der Corona-Pandemie in den ganz unterschiedlichen Politikfeldern, gerade aber auch für die Finanzausstattung der Stadt, zeigen wird. Da ist die Bewältigung der Veränderungen, die aus dem Klimawandel folgen, das Ziel der Klimaneutralität im Jahr 2035, da ist die Frage der Verkehrswende zu nennen, die in Wetzlar ob der Herausforderungen die mit dem Stichwort „B 49“ verbunden sind, da ist die Erarbeitung eines Rahmenplanes für die Altstadt, aber auch das Thema Digitalisierung und Smart City.

Letzteres lässt sich im Übrigen gut mit den bereits existenten vielfältigen Instrumenten der Bürgerbeteiligung in Wetzlar verbinden.

„Aber es sind auch die langen Linien, von denen ich immer sprach und die für die Entwicklung einer Kommune von elementarer Bedeutung sind“, merkte Wagner an anhand von einigen Beispielen.

Da ist auch nach den Möglichkeiten des „Gute-Kita-Gesetzes“ die weitere Stärkung der frühkindlichen Bildung oder der bedarfsgerechte Ausbau der Kindertagesstätten, in den die Stadt unter der Federführung von Oberbürgermeister Manfred Wagner in der vorangegangenen Wahlperiode viele Akzente gesetzt hat. Das Angebot der Frühen Hilfen wird in der kommenden Wahlperiode Schritt für Schritt auf die gesamte Stadt ausgedehnt.

Wetzlar wird sich im Rahmen der sozialen Stadtentwicklung um ein weiteres Quartier bemühen, das in die Förderung des Bundes und des Landes aufgenommen werden kann. Damit soll die baulich-infrastrukturelle, aber auch sozialorientierte Entwicklung eines Stadtbezirks mit den Bewohnerinnen und Bewohnern vorangetrieben werden. So wie bisher mit großem Erfolg in Niedergirmes, im Bereich Westend/Silhöfer Aue und in dem Wohnbereich Dalheim/Altenberger Straße.

„Auch werden die sozialdemokratischen Linienführungen fortgesetzt, um zusätzliche bezahlbare Wohnungen zu schaffen“, betonte der Stadtverbandsvorsitzende. Wenn neue Wohnbaugebiete aufgelegt werden, wird es dort auch Flächen für den Mietwohnungsbau geben. Und in neuen Objekten mit mehr als 20 Wohneinheiten sollen 30 Prozent für Menschen mit niedrigerem Einkommen geschaffen werden.

Manfred Wagner: „Unsere Handschrift ist auch in den Kapiteln Sport und Kultur, Ehrenamt aber



Fotos: Heiner Jung

Sie nehmen auch in den kommenden Jahren als hauptamtliche Dezernenten die Verantwortung in der Stadtverwaltung wahr. Von links: Jörg Kratkey SPD, Manfred Wagner SPD, Dr. Andreas Viertelhausen FW, Norbert Körtlücke Bündnis 90/Die Grünen

auch Finanzen ganz deutlich erkennbar.“ „Mit den in einem partizipativen Prozess in der Erarbeitung befindlichen „Kulturleitlinien“ wollen wir den Kulturbegriff noch weiter als bisher fassen, den Rahmen eröffnen, dass die Vielfalt der kulturellen Angebote in der Stadt wachsen und zugleich eine Absicherung der etablierten Kulturträger erfolgen kann“, ergänzte Jörg Kratkey, der als Hauptamtlicher Stadtrat Verantwortung für das Kulturdezernat und die Finanzen der Stadt trägt.

In dem Kontext betonte Jörg Kratkey auch, dass der Koalitionsvertrag die von ihm in den zurückliegenden Jahren durchgeführte Haushaltspolitik bestärke, gelte es doch dauerhaft ausgeglichene Haushalte vorzulegen und auch die Rechnungsjahre nicht unausgeglichen abzuschließen. „Wenn uns dies weiter gelingt“, so Kratkey, „dann können wir auch unsere Vorhaben, wie zum Beispiel den Bau neuer Feuerwachen, des Lahnsteiges in Naunheim oder die deutliche Mittelaufstockung für

den Radwegeausbau, den wir pro Jahr mit 15 bis 18 Euro je Einwohner:in vorsehen, darstellen und auch die freiwilligen Leistungen zur Stärkung des Ehrenamtes anheben.“

„Und neben den exemplarisch angesprochenen Punkten gibt es eine Reihe von Handlungsfeldern, die wir ebenfalls gemeinsam mit unseren Partnern 2021 bis 2026 in Angriff nehmen werden,“ merkte Fraktionsvorsitzende Sandra Ihne-Köneke an, die im Übrigen von sehr konstruktiven Verhandlungen zu berichten wusste.

Neue Herausforderungen erfordern neue Wege. Die Wetzlarer SPD wird diese Wege gemeinsam im Viererbündnis mit Bündnis 90/Die Grünen, Freien Wählern und den Freien Demokraten gehen.

Wer sich mit den Inhalten des Koalitionsvertrages befassen will, findet das Dokument u.a. auf der Webseite des Stadtverbandes der Wetzlarer SPD.

www.spd-wetzlar.de

**BÄDER
KÜCHEN
OUTDOOR
OBJEKT**

Made in Germany
pfeiffer
since 1923

In besonderem Ambiente
GRILLKURSE
Big Green Egg PURER GRILL-GENUSS
BIG GREEN EGG

Pfeiffer GmbH & Co. KG
Emmellusstrasse 21
35614 Asslar
T 06441-9833.0
www.pfeiffer-kuechen.de

KARL-HEINZ PANZER
Personal Leasing Team

Zeitarbeit
Arbeitsvermittlung
Arbeitssicherheit

Lempstraße 23
35630 Ehringshausen
Tel.: 06443 83391-0
Fax: 06443 83391-29
panzer@khp-plt.de
www.khp-plt.de

Heiner Jung, Anzeigenredaktion

Liebe Leserin, lieber Leser,
die nächste Ausgabe der
Wetzlarer Nachrichten erscheint
Freitag, 10. Dezember 2021
Anzeigen nehmen wir gerne auf
bis Montag, 29. November 2021.
Anfragen richten Sie bitte an:
post@heiner-medien-service.de
Telefon 064 41-7 25 00



Autowaschzentrum Wetzlar
Alte Straße zwischen Expert und McDonalds

Die TOP-Adresse für
Ihre Autowäsche

Bei Vorlage dieser Anzeige erhalten
Sie auf jeden Tarif **1,50 Euro Rabatt!**

Mitarbeiter gesucht!

Telefon: 01702 1308 26

Klimaschutz wird vor Ort gemacht

Wettbewerb der hessischen Klima-Kommunen – Stadt Wetzlar erhält Sonderpreis

Die Stadt Wetzlar wurde im Rahmen des mit insgesamt 60.000 Euro dotierten Wettbewerbs „So machen wir's“ auf der Konferenz „Klima Kommunal“ in der Sonderkategorie „Klimagerechte Kommunalplanung“ von Staatssekretär Oliver Conz ausgezeichnet.

Die Stadt Wetzlar wurde für ihr „Bodenschutzkonzept“ mit 10.000 Euro prämiert. Die Auszeichnung nahmen Oberbürgermeister Manfred Wagner und Dr. Thilo Klein vom Amt für Umwelt und Naturschutz der Stadt Wetzlar entgegen. Dabei machte der Oberbürgermeister deutlich, dass das von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Konzept eine gute Grundlage darstelle, um nicht nur nachsorgenden Bodenschutz zu betreiben sondern auch vorsorgend zu agieren. Damit sei gerade für das Oberzentrum Wetzlar mit seinen vielfältigen Funktionen für das Umland eine wesentliche Planungsgrundlage geschaffen worden. „Es freut mich daher besonders, dass unser Engagement nun in solch einem Rahmen gewürdigt wird. Es zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind, den wir auch weiter gehen werden.“

„Böden sind eine begrenzte Ressource und unter anderem von entscheidender Bedeutung für Klimaschutz und Klimaanpassung“ betonte Umweltdezernent Norbert Kortlüke. „Insofern stellt das Konzept eine hervorragende Grundlage dar, zukünftig die natürlichen Leistungen der Böden bei unse-

ren städtischen Planungen und bei neuen Herausforderungen wie dem Klimawandel viel besser berücksichtigen zu können.“ Denn Böden übernehmen eine wichtige Funktion - auch im Klimaschutz und der Klimaanpassung. Sie speichern Niederschläge und Kohlenstoff, sie sind die zentrale Produktionsgrundlage für Nahrungsmittel und nachwachsende Rohstoffe, sie tragen zu sauberem Grundwasser bei und sind Lebensraum und Lebensgrundlage für Menschen, Tiere und Pflanzen. Sie sind somit ein entscheidender Baustein für Biodiversität.

Gerade in besiedelten Gebieten haben Böden eine hohe Bedeutung für die Lebensqualität der Menschen, denn unversiegelte Böden wirken mit ihrem Pflanzenbewuchs kühlend auf ihre Umgebung. Sie können so Hitzeperioden deutlich abmildern. Intakte Böden halten bei Starkregen das anfallende Wasser in der Fläche und tragen so zum Schutz vor Überflutungen bei.

Das Wetzlarer Bodenschutzkonzept bewirkt nach Einschätzung von Dr. Thilo Klein, der in der Stadtverwaltung das Projekt verantwortlich betreut hat, dass die vielen Leistungen, die der Boden erfüllt, besser genutzt und gezielt erhalten werden können. Planungen werden erleichtert und der sorgsame Umgang mit Boden auf Baustellen wird gestärkt. Unter anderem diese Punkte des Konzeptes honorierte die unabhängige Jury des Wettbewerbs mit



OB Manfred Wagner (links) und Dr. Thilo Klein (rechts), nehmen das symbolische Ortsschild als Gewinnerkommune von Staatssekretär Oliver Conz vom HMKLUV entgegen.

dem Preis, der wiederum in Klimaschutz- oder Anpassungsprojekte fließen soll.

Das Bodenschutzkonzept entstand als Pilotprojekt der für den vorsorgenden Bodenschutz zuständigen Fachabteilung des HMUKLV und der Stadt Wetzlar.

Was sind die Klima-Kommunen?

Die Mitglieder im Bündnis der Klima-Kommunen verpflichten sich, Maßnahmen zur Reduktion von Treibhausgasemissionen auf kommunaler Ebene umzusetzen und damit einen Beitrag zur Erreichung der landesweiten Klima-

schutzziele zu leisten.

Neben der erhöhten Förderquote profitieren Klima-Kommunen von der Vernetzung, Austausch und Beratung innerhalb des Bündnisses. Die Mitgliedskommunen erhalten vielfältige Unterstützungsangebote durch die hessische Landesenergieagentur (LEA). Oberbürgermeister Wagner unterzeichnete für Wetzlar bereits 2017 die Charta der Klima-Kommunen in Hessen.

„Tatort Boden“ – Wetzlarer Bodenerlebnispfad

In Wetzlar gibt es den Bodener-

lebnispfad, wo sich interessierte Bürger:innen hautnah über Aufbau, Eigenschaften und Funktionen von Böden informieren können. Dr. Thilo Klein bietet dort beispielsweise im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Treffpunkt Natur“ des Umweltamtes eine Führung an.

Weitere Infos: www.klima-kommunen-hessen.de/startseite
Bodenerlebnispfad Wetzlar: www.wetzlar.de/leben-in-wetzlar/umweltnaturschutz/Boden_und_Altlasten/bodenerlebnispfad.php

B 49 – Hessen Mobil plädiert für die „Tunnelvariante“

Hans-Jürgen Irmer, wann fangen Sie an, das Votum der Wetzlarer Stadtverordneten und damit auch der Wetzlarer CDU zu unterstützen?

Endlich konnte Hessen Mobil seine Auftragsarbeit des Bundes abschließen und basierend auf den einschlägigen Planungsvorgaben und Bewertungsmethoden des Bundes einen Vorschlag unterbreiten: Hessen Mobil plädiert für die westliche Umfahrung Wetzlars im Wege eines bergmännisch geführten Tunnels.

Dies ist auch die Präferenz der demokratischen Fraktionen im Wetzlarer Stadtparlament – und damit auch der CDU!

Jetzt ist es klar: der Ball liegt im Spielfeld des Bundes. Als Straßenbausträger muss das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur nun aber schleunigst in die Puschen kommen und die Richtung und das weitere Vorgehen vorgeben. Denn zum einen ist der Planungsprozess angesichts der immer wieder attestierten und auf das Jahr 2028 begrenzten Lebensdauer des Brückenzuges durch Wetzlar viel zu spät gestartet. Fragt man sich, wer die Verantwortung dafür trägt, dann liegt die Antwort auf der Hand: In erster Linie das seit Jahrzehnten von CDU und CSU dominierte Verkehrsministerium mit aktuell An-

dreas Scheuer (CSU) an der Spitze.

Doch zum anderen hilft es jetzt wenig, darüber zu jammern. Es gilt alle Kräfte beginnend bei den heimischen Bundestagsabgeordneten über die Schwarz-Grüne Landesregierung in Wiesbaden bis hin zum Bund zu bündeln, um nicht noch weiter Zeit zu verschenken. Denn mit der misslichen Situation, dass mit der B 49 eine Ost-West-Verbindung von interkontinentaler Bedeutung lange Zeit eingeschränkt und nur als Provisorium zu Verfügung stehen wird, muss die Stadt Wetzlar und die gesamte Region leben.

Und diese Zeit gilt es aus dem Blickwinkel der Einwohnerschaft der gesamten Stadt, des Handels, der Unternehmen, dem Sport-, Kultur- und Tourismusstandort Wetzlar möglichst unbeschadet zu überstehen. Und es gilt für die dauerhaft zu schaffende Lösung das Modell zu wählen, das den größten gemeinsamen Nenner für Wetzlar darstellt.

Die heimische Bundestagsabgeordnete Dagmar Schmidt (SPD) weiß die Stadt Wetzlar an ihrer Seite. Sie nutzt ihre Möglichkeiten, um die Position der Kreisstadt zu

bestärken und in Berlin zu vertreten.

Ganz anders Hans-Jürgen Irmer (CDU) der bei der letzten Bundestagswahl das Direktmandat erringen konnte. Gerade von einem Abgeordneten, der damals den Wahlkreis für sich entscheiden konnte, darf man erwarten, dass für ihn auch das Votum des Stadtparlaments der größten Stadt in seinem Wahlkreis Orientierung und Auftrag ist.

Der Christdemokrat kocht einmal mehr seine eigene Suppe und stärkt nicht die Position der Kreisstadt. Das Gegenteil ist ganz offensichtlich der Fall; damit steht er auch abseits seiner Wetzlarer Parteifreunde um Michael Hundertmarkt oder den Landtagsabgeordneten Frank Steinraths.

Bleibt also die Frage: Wann fängt Hans-Jürgen Irmer an, die fachliche Expertise von Hessen Mobil, die auf den Vorgaben des Bundes und damit des „schwarzen“ Verkehrsministers fußt, zu unterstützen. Wann setzt sich Hans-Jürgen Irmer in Berlin für das Votum der Wetzlarer Stadtverordneten und damit auch der Wetzlarer CDU ein?

Zentrum für Artenvielfalt in Hessen – Wetzlar soll Standort werden!

Frage an den Landtagsabgeordneten Steinraths (CDU) und Priska Hinz (Bündnis 90/Die Grünen) – was haben Sie erreicht?

Schwarz-Grün in Wiesbaden plant die Zusammenführung verschiedener Naturschutzdienststellen zu einem „Zentrum für Artenvielfalt“. Das tangiert auch das anerkannte Naturschutzzentrum und die Naturschutzakademie in Wetzlar.

Die Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt und der Kreistag des Lahn-Dill-Kreises hatten sich bereits im Herbst des vergangenen Jahres parteiübergreifend für Wetzlar als Standort für die von Schwarz und Grün geplante neue Naturschutz-Fachbehörde ausgesprochen.

Das weit über Wetzlar hinaus wirkende Naturschutzzentrum mit der hier etablierten Naturschutzakademie bilden schließlich ein überaus gut tragfähiges Fundament für die neue Fachbehörde.

Die Entscheidung für Wetzlar als Standort für eine neue und größere Landesbehörde käme im Übrigen auch einer Stärkung des Oberzentrums Wetzlar gleich. Schließlich hat das Land auch eine Verantwortung, die mittelhessischen

Oberzentren annähernd gleich zu behandeln und da gibt es leider für Wetzlar Nachholbedarf. So hat die CDU geführte Landesregierung in den letzten Jahren nicht nur das Staatliche Schulamt nach Weilburg verlagert, die Arbeitsgerichtsbarkeit in Gießen zentralisiert und das für den Lahn-Dill-Kreis zuständige Katasteramt, das heute unter Bezeichnung „Amt für Bodenmanagement“ firmiert, in Marburg zentralisiert.

Doch auch nach gut einem Jahr herrscht aus Wiesbaden nach wie vor Funkstille. Priska Hinz (Bündnis 90/Die Grünen), die zuständige Landministerin aus dem benachbarten Herborn, hüllt sich bis dato in Schweigen.

Und auch vom Landtagsabgeordneten Frank Steinraths (CDU), der im Kreistag und in der Stadtverordnetenversammlung die Beschlüsse für die Ansiedlung der Behörde in seinem Wahlkreis mitgetragen hat, ist nichts zu vernehmen.

Also, Butter bei die Fische: Was wurde für den Standort Wetzlar erreicht?

Bestmöglicher Schutz für den Kreis in Katastrophenfällen

SPD Kreistagsfraktion für Überprüfung der Gefahrenschwerpunkte im Lahn-Dill-Kreis und erforderlicher Maßnahmen

Die schrecklichen Flutkatastrophen in unseren Nachbarbundesländern Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen und auch in anderen europäischen Ländern haben uns alle schwer erschüttert. Unser Dank gilt allen Einsatzkräften und Helferinnen und Helfern – ob haupt- oder ehrenamtlich – die mit ihrem selbstlosen und unermüdlichen Einsatz dafür sorgen, die Schäden aufzuarbeiten. Leider ist zu befürchten, dass die Wiederaufbauarbeiten in den Gebieten noch Monate oder sogar Jahre dauern werden.

Die Auswirkungen des Klimawandels zeigen sich aber auch bei uns in der Region: viele Wälder sind in einem katastrophalen Zustand und auch bei uns könnten durch Starkregenereignisse gefährliche Situationen entstehen. Deshalb hat die SPD-Kreistagsfraktion gemeinsam mit den Koalitionsfraktionen einen Antrag im Kreistag gestellt, der Aufschluss darüber geben soll, welche Gefahrenschwerpunkte es im Lahn-Dill-Kreis gibt und welche Maßnahmen frühzeitig ergriffen werden müssen.

Hierzu erklären Jan Moritz Böcher, stellvertretender Fraktionsvorsitzender, und Stefan Scholl, katastrophenschutzpolitischer Sprecher: „Die Bilder unserer Freundinnen und Freunde in den Nachbarbundesländern sind erschütternd. Wir müssen alles daran setzen, dass unser Kreis bestmöglich geschützt wird. Deshalb wollen wir



Jan Moritz Böcher ist seit 2016 Kreistagsabgeordneter des Lahn-Dill-Kreises und ist dort als stellvertretender Fraktionsvorsitzender und bildungspolitischer Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion tätig.



Stefan Scholl ist katastrophenschutzpolitischer Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion.

aus den Berichten der Einsatzkräfte in den Flutgebieten lernen und frühzeitig Maßnahmen ergreifen, die dem Schutz aller Einwohnerinnen und Einwohner unseres Kreises dienen. So können wir die bereits bestehenden Maßnahmen sinnvoll ergänzen und an die aktuellen Erkenntnisse anpassen.“



Die Bilder aus den Nachbarbundesländern sind erschütternd und fordern uns auch hier zum Handeln auf

Fraktionsausflug ins Kirschenwäldchen

Verabschiedung verdienter ehemaliger Mitglieder



Von links: Hans Litzinger, Sandra Ihne-Köneke, Günter Schmidt und Ute Claas

Auf Einladung der Fraktionsvorsitzenden Sandra Ihne-Köneke trafen sich Mitglieder der neuen und der alten Stadtverordnetenfraktion bei Kaffee und Kuchen im Kirschenwäldchen.

Im Mittelpunkt stand der gemeinsame Austausch über die aktuelle politische Lage, aber auch auf so manche Anekdote wurde noch mal gerne gemeinsam geblickt.

Besonderen Raum nahm die Verabschiedung verdienter ehemaliger Mitglieder durch Ihne-Köneke ein. Mit Ute Claas, Günter Schmidt und Hans Litzinger verließen mit dem Start dieser Legislaturperiode drei Persönlichkeiten die lokalpolitische Bühne, die Jahrzehnte für die Wetzlarer SPD Verantwortung übernommen hatten. Claas und Schmidt waren insgesamt 20 Jahre beziehungsweise 24 Jahre

zunächst als Stadtverordnete und später als ehrenamtliche Stadträte tätig. Litzinger war 42 Jahre Stadtverordneter, davon 33 Jahre als Vorsitzender des Sozialausschusses tätig.

„Die Stadt und die Sozialdemokratie ehrenamtlich über einen solch langen Zeitraum zu vertreten, ist eine verantwortungsvolle und fordernde Aufgabe“, stellte Ihne-Köneke fest. Sie erinnerte an die zahlreichen Veranstaltungen und Initiativen, mit denen sich die drei in die Gesellschaft eingebracht und sozialdemokratische Werte vertreten hatten.

„Hierfür habt ihr unseren großen Respekt“, betonte die alte und neue Fraktionsvorsitzende, die gleichzeitig die Hoffnung aussprach, den einen oder die andere auch weiterhin in ehrenamtlicher Funktion zu treffen.

Professionelle Zusammenarbeit bündeln für das „Soziale Miteinander“

Prävention und Stärkung der Demokratie ist der beste Opferschutz

Am 7. August 2021 wurde in einer Feierstunde, unter Anwesenheit aller Mitwirkenden Akteure das Haus der Prävention in Wetzlar, Ludwig-Erk-Platz 5, eröffnet. Am Nachmittag gab es für die interessierte Bevölkerung einen Tag der „Offenen Tür“, der von vielen Bürgerinnen und Bürgern genutzt wurde, um sich zu informieren.

Am Nachmittag diskutierten, von der Dext-Stelle moderiert, Frau Dagmar Schmidt, MdB, Herr Hans-Jürgen Irmer, MdB, Dr. Andreas Viertelhausen, Bürgermeister Stadt Wetzlar, Stephan Aurand Kreis-Sozialdezernent und Vorsitzender des Präventionsrates des Lahn-Dill-Kreises über Präventionsthemen unter Einbezug einer aufmerksamen Zuhörerschaft, zu denen auch Landrat Wolfgang Schuster gehörte.

Das Besondere am „Haus der Prävention“ ist nicht nur der Inhalt, sondern die außergewöhnliche Zusammenarbeit von der Stadt Wetzlar, dem Lahn-Dill-Kreis, dem Verein zur Förderung der Prävention im Lahn-Dill-Kreis e.V., sowie der Polizei Mittelhessen, dem Staatlichen Schulamt und dem Hessischen Ministerium des Inneren und für Sport.

In dem Haus neben dem Schutzmann vor Ort, bildet vor allem die

sogenannte DEXT-Stelle (Demokratieförderung und phänomenübergreifende Extremismusprävention) des Lahn-Dill-Kreises und der Stadt Wetzlar, einen wesentlichen Schwerpunkt für die thematische Ausgestaltung. Die Stärkung freiheitlich-demokratischer Werte, Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit sind die Ziele, die mit Veranstaltungen und Fortbildungen sowie Workshops vertieft werden sollen. Zudem wird Beratung angeboten.

Das „Haus der Prävention“ bündelt ein breites Beratungsangebot der einzelnen Kooperationspartner. So bietet die Polizei unter anderem Beratungen im kriminalpolizeilichen Bereich, Schulungen zu Themen wie sicheres Wohnen, sichere digitale Identität und Cybergrooming sowie Termine zur Fahrradcodierung. Der Lahn-Dill-Kreis und die Stadt Wetzlar werden mit ihren sogenannten DEXT-Fachstellen im „Haus der Prävention“ vertreten sein. DEXT steht für Demokratieförderung und phänomenübergreifende Extremismusprävention. Die Beratung dort kann genutzt werden, wenn man beispielsweise selbst von extremistischer Gewalt, Rassismus u. ä. betroffen ist oder Formen von Extremismus beobachtet hat (z. B. Hakenkreuzschmierereien an Bahn-

höfen, Schulen oder anderen Plätzen im öffentlichen Raum). Die DEXT-Fachstelle führt außerdem eine Sozialraumanalyse durch, um Brennpunkte benennen und gegen diese arbeiten zu können. Dazu vernetzt sich die Fachstelle lokal mit relevanten Akteuren, wie den Städten und Gemeinden des Landkreises sowie den Präventionsbeauftragten der Polizeipräsidien und den Netzwerk-Lotsen an den Schulen.

Das Haus der Prävention steht Einzelpersonen offen, genauso wie Vereinen, Verbänden oder Gruppen. Interessierte können sich erkundigen nach Präventionsangeboten, bzw. Ideen gegen Rassismus, Antisemitismus und Ausgrenzung von Minderheiten. Lehrkräfte und Mitarbeitende im Bereich „Sozialarbeit an Schulen“ könnten zum Beispiel Projektideen zur Stärkung unserer freiheitlich-demokratischen Werte durch die Projektstelle „Demokratie leben“ verwirklichen. Räumlichkeiten im „Haus der Prävention“ könnten in Zukunft genutzt werden für Gewaltpräventionskurse (PiT) mit Jugendlichen.

Gut genutzt kann das „Haus der Prävention“ ein Erfolgsmodell werden für ein gutes Miteinander in unserer Stadt.

Energiewende in Hessen stockt

SPD will von der Landesregierung Auskunft über Stand der Energiewende in Hessen

Die Energiewende kommt im von CDU und Grünen regierten Hessen nicht richtig voran. Besonders der Ausbau der Windkraft stockt.

Während der Ausbau der Windkraft bundesweit die Talsohle durchschritten hat und an Fahrt gewinnt, ist in Hessen keine Belebung in Sicht. Im Gegenteil: Bundesweit nahmen die Genehmigungen 2020 um 80 Prozent zu, in Hessen dagegen war ein weiterer Rückgang um zwölf Prozent zu verzeichnen.

Laut einer Auswertung der Fachagentur Wind an Land hat sich an dieser für Hessen negativen Entwicklung auch im ersten Quartal 2021 nichts verändert. Die Energiewende ist in Hinblick auf die Windkraft in Hessen faktisch zum Stillstand gekommen. 2020 wurden hessenweit Windkraftanlagen mit gesamt nur 81 Megawatt installierter elektrischer Leistung genehmigt. Zwischen 2014 und 2016 war der Wert im Schnitt viermal so hoch.

Offensichtlich scheitern viele



Foto: Heiner Jung

Wir brauchen mehr Windkraft in Hessen, um die Energiewende zu schaffen

Windkraftprojekte, die in Hessen in Vorrangflächen geplant werden. Von den verbleibenden Projekten wiederum wird meist nur ein Teil der ursprünglich geplanten Anlagen genehmigt. Oft reduzieren die Vorhabenträger in Absprache mit den Genehmigungsbehörden die Zahl der beantragten Anlagen im Laufe des Genehmigungsverfahrens, um zumindest für die verbleibenden eine Genehmigung zu errei-

chen. Auch in anderen Bereichen geht die Energiewende in Hessen nicht im zur Erfüllung der von der Landesregierung definierten Ziele notwendigen Tempo voran.

Wie ist der Stand der Energiewende in Hessen, will die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag deshalb nun von der Landesregierung wissen. Sie hat dafür eine „Große Anfrage“ mit 103 Fragen zu allen Aspekten des Ausbaus Er-

neuerbarer Energien eingereicht. Die Landesregierung muss nun in einer Frist von zwölf Wochen alle Fragen vollständig beantworten. Die SPD will genau wissen, wo es in Hessen bei der Energiewende klemmt, um der offensichtlich überforderten Landesregierung Vorschläge zur Abhilfe zu machen. Dafür bedarf es mehr als die bunten Werbebroschüren für die Arbeit des grünen Wirtschaftsministers, der für die Energiewende in Hessen zuständig ist.

Auf dem Hessischen Energiegipfel hatten im Jahre 2011 alle damals im Landtag vertretenen Fraktionen das Ziel der Deckung des Endenergieverbrauchs in Hessen (Strom und Wärme) zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien bis 2050 vereinbart. Die aktuellen Naturkatastrophen zeigen uns, dass wir auch aus Gründen des Schutzes der Menschen vor katastrophalen Klimaveränderungen (Klimaschutz) den Ausbau der Erneuerbaren Energien beschleunigen müssen, auch die hessische Landesregierung hat behauptet, dass



Der Landtagsabgeordnete Stephan Grüger aus dem Lahn-Dill-Kreis ist Mitglied des Hauptausschusses, des Wirtschaftsausschusses und des Europaausschusses des Hessischen Landtages. Er ist Energie-, Industrie- und Außenhandelspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion.

sie dies nun machen will. Die uns bereits vorliegenden Zahlen weisen jedoch auf Stagnation und teilweise sogar Rückschritte hin.

Solidarität, Respekt und Zusammenhalt entscheiden den Weg zur Kanzlerschaft

Olaf Scholz mit den besseren Argumenten auf dem Weg ins Kanzleramt

Der Wahlkampfauftakt unserer SPD in Bochum am 14. August war bereits beeindruckend. Es ist eine von vielen Veranstaltungen gewesen, die ihn nahbar machten. Er wirkt entspannt, wenn er die Bühne betritt, denn er ist bereits seit Jahren ein ausgewiesener Profi. Olaf Scholz hat Erfahrung und das ist deutlich spürbar.

Die gute Stimmung in Bezug auf die Partei kommt aber nicht von ungefähr. Die Umfragewerte werden besser, denn die Menschen haben das Gefühl, die SPD verkörpert eine Partei, die die Probleme am Schopfe packt. Laut der neuesten Forsa-Umfrage ist die SPD zum ersten Mal seit 15 Jahren wieder die stärkste politische Kraft. Dieses politische Erdbeben hat in der letzten Woche für Aufsehen gesorgt.

Die Kandidatur von Olaf Scholz war eine Kandidatur, an die vor



In der Bevölkerung genießt Olaf Scholz von allen Kandidaten das höchste Ansehen.

einem Jahr noch nicht alle Genossen und Genossen vollends glaubten. Ferner lag die SPD zu diesem Moment bei 14 bis 15 Prozentpunkten. Beim Rückblick auf die damalige Kanzlerkandidatur von Martin Schulz vor vier Jahren war die Euphorie kaum zu stoppen, aber die Partei startete damals ohne hinreichende programmatische Grundverständigung und politischen Plan.

Rasch wurde ersichtlich, dass man schnell den Antrieb verlieren kann. Andersherum scheint es also wesentlich sinnvoller zu sein. Zuerst eine inhaltliche Klärung haben und dann mit ein bisschen weniger Euphorie in den Wahlkampf starten.

Ein hanseatisches Gemüt ist vielleicht nicht für übertriebene Emotionen gemacht. Als Scholz kürzlich gefragt wurde, weshalb er oftmals nüchtern und emotionslos wirkt entgegnete er nur, dass er sich als Kanzler und nicht als Zirkusdirektor bewerbe. Heute spottet schon lange niemand mehr über seine Kandidatur und Laschet als auch Baerbock

bekommen zitternde Knie, wenn sie an Olaf Scholz denken.

Scholz fokussiert die wichtigsten Themen. Er holt die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes da ab, wo politisches Geschick benötigt wird. Die Themensetzung ist in diesem Wahlkampf wichtiger denn je gewesen. Auf die Frage nach Steuersenkungen für Reiche erteilt er eine klare Absage. Für ihn ist die Thematik eindeutig, denn das ist zum einen nicht finanzierbar, aber vor allem auch unsolidarisch und unmoralisch.

Des Weiteren will Scholz das Kindergeld neu organisieren, damit Armut von Kindern in diesem Land verschwindet. Auch stabile Renten sind ein bedeutendes Thema im Wahlkampf, gerade mit Blick auf die junge Generation. Außerdem will er dafür sorgen, dass pro Jahr

mindestens 400.000 neue Wohnungen in Deutschland gebaut werden.

Scholz legt den Fokus darauf, dass die Gesellschaft nicht weiter auseinanderklafft. Es ist ihm ein persönliches Anliegen, dass sich niemand als etwas Besseres fühlen soll und darf.

Seinem Empfinden nach spiegelt sich gesellschaftliche Anerkennung auch insbesondere bei der Bezahlung wider. Aus diesem Grund verspricht er, schon im ersten Jahr seiner Kanzlerschaft den Mindestlohn auf 12 Euro aufzustoßen. Diese gravierende Veränderung würde für zehn Millionen Menschen in Deutschland eine Gehaltserhöhung bedeuten.

Das Thema Arbeit ist für ihn augenscheinlich von besonderer Bedeutung. Olaf Scholz will alle Anstrengungen dransetzen, dass wir



Udo Bullmann ist Europabeauftragter der SPD und Mitglied des Europäischen Parlaments, dort Koordinator im Entwicklungsausschuss. Der Finanzmarkt- und Wirtschaftsexperte gehört seit 1999 dem Europäischen Parlament an.

in 30 Jahren noch gute Arbeitsplätze haben. Es ist mehr als notwendig, die richtigen wirtschaftspolitischen Weichen zu stellen. Wirtschaftsminister Peter Altmaier hat schließlich lange Zeit so getan, als gebe es keinen erhöhten Strombedarf in den kommenden Jahren. Diese Fehleinschätzung ist lächerlich und gefährlich. Festzuhalten bleibt, dass eine weitere von CDU/CSU geführte Regierung Wohlstand als auch Arbeitsplätze kostet.

Olaf Scholz erfand einst den „Wumms“, für die Coronahilfen. Dieser erfasst nun offenbar unsere SPD. Er will mit „Wumms“ der krisenfesten Kanzler sein. Er traut sich diese Mammutaufgabe selbstbewusst zu und wir sie ihm auch.

access

Tankstelle

- 24 h geöffnet
- Autoreinigung
- Autowaschanlage
- LPG-Diesel-Super
- große Shopauswahl
- frisches Popcorn

Inhaber:
Karsten Strickmann
Hermannsteiner Str. 30
35576 Wetzlar
Tel.: 06441 - 36 333

Stabgitterzäune
preiswert
sicher
dauerhaft



KRAUTER
Metallbau GmbH

Wetzlar-Steindorf
In der Murch 16 - 18
Telefon (0 64 41) 92 48 60
www.krauter-schmiedeeisen.de
Schutz vor Einbruch

Überdachungen, Schlosser- & Stahlbauarbeiten, Edelstahlverarbeitung, Torantriebe, Treppen, Tore, Fenster- & Türgitter, Balkongeländer, Treppengeländer, Einzäunungen

Jusos bleiben Motor der Partei

Jusos gehen mit 31 Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern in den Kommunen in die neue Legislaturperiode

18 Monate mussten vergehen, damit die Jusos Lahn-Dill sich endlich wieder in Präsenz treffen konnten und einen neuen Vorstand wählen durften.

„Die Pandemie hat uns viele Steine in den Weg gelegt, aber wir haben gezeigt, dass wir auch online einiges drauf haben. So konnten wir beispielsweise bei dem geplanten Auftritt der Sängerin Nena den Finger in die Wunde legen und unsere Position klar verdeutlichen. Wetzlar soll Coronaleugnern keine Bühne geben. Wir haben von vielen Seiten Gegenwind bekommen, aber mit unseren ursprünglichen Vermutungen recht behalten.“

Aber auch unser Kampf auf der Straße ist trotz Pandemie nicht abgerissen, schließlich konnten wir wieder eindrucksvoll zeigen, dass nicht jeder Gast von Pro Polizei gerne in unserer Stadt gesehen ist.“ sagt Kassierer Julian Stroh, gemeint ist der ehemalige Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen.

Besonders zufrieden zeigten sich die Jungsozialistinnen und Jungsozialisten mit den gewonnenen

Mandaten bei der Kommunalwahl im März. „Durch die starke Repräsentanz von jungen Menschen in kommunalen Ämtern kann die Verjüngung der Politik voranschreiten. Wir haben in beinahe jeder Kommune Plätze für Jusos erstreiten können und gehen mit 31 Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern in die neue Legislaturperiode. Das kann sich sehen lassen.“ resümierte die alte und neue Vorsitzende Michelle Breustedt.

Nachdem die Jusos die letzten 1,5 Jahre Revue passieren ließen, wurde gewählt. So wurde Michelle Breustedt als Vorsitzende in ihrem Amt bestätigt.

Auch der restliche Vorstand wurde neu gewählt. So wird die Kasse weiterhin von Julian Stroh (Schöfengrund) geführt. Neue Schriftführerin ist Michelle Dickopf (Wetzlar). Zudem wurden 8 stellvertretende Vorsitzende gewählt: Patrick Huttel (Sinn), Alina Dörr (Solms), Jan Moritz Böcher (Lahnau), Annabelle Jung (Aßlar), Hüseyin Demir (Wetzlar), Nicolas Burk (Leun), Selina Demir (Wetzlar) und Luisa Lippert (Wetzlar).

Die erfolgreiche Arbeit der Ju-



sos soll fortgeführt werden und die Jusos konzentrieren sich nun voll und ganz auf die bevorstehende Bundestagswahl.

Von links: Jan Moritz Böcher, Annabelle Jung, Hüseyin Demir, Julian Stroh, Michelle Breustedt, Luisa Lippert, Nicolas Burk, Selina Demir

Die Nöte der Karin S.

Ein persönlicher Appell von Michelle Dickopf, Jusos: „Helft den sozial schwächeren Familien!“

Die Corona-Pandemie hat uns einige Lücken in unserem System vor Augen geführt. Besonders schwer traf es die sozial benachteiligten Familien.

Dies möchte ich an dem zwar fiktiven, indes die Lebenswirklichkeit eines großen Teils der Gesellschaft abbildenden Beispiel von Karin S. deutlich machen.

Karin S. ist 39 Jahre alt und alleinerziehend mit vier Kindern. Sie arbeitet im Einzelhandel und schafft es gerade so, über die Runden zu kommen. Mit einem Mal schlägt die Pandemie wie eine Bombe für sie ein, da die Schulen und Kitas schließen. Homeschooling und Betreuung muss sie nun neben ihrem Job im Supermarkt unter einen Hut bekommen.

Karin ist verzweifelt, bei den Schulaufgaben kann sie kaum bis gar nicht ihren Kindern helfen. Ihre Jüngsten streiten sich häufig, da der Ausgleich, den sie in der Kita bekommen, fehlt, und ihre Schulkinder streiten sich, wer an den einzigen PC für die Schulaufgaben darf.

Da sie arbeiten muss, übernimmt die älteste Tochter mit 15 Jahren die Betreuung der Kleinsten und hilft ihrem jüngeren Bruder beim Homeschooling, nebenbei macht sie noch ihre eigenen Hausaufgaben. Der Alltag der Familie ist von großem Stress geprägt und es breitet sich Frustration als Grundstimmung aus. Karin fährt in ihrem Beruf die Stunden herunter, da sie es sonst nicht schafft, alles unter einen Hut zu bekommen. Dies führt dazu, dass sie nun noch weniger verdient. Das Ausbleiben der tatsächlich entlastenden Unterstützungen durch die Gesellschaft sorgt dafür, dass Karin S. sich unverstanden von der Poli-

tik fühlt, ferner ein stetig wachsendes Unverständnis für die Corona-Maßnahmen, darunter die Kita- und Schulschließungen, hegt. Dies wiederum sorgt für eine diffamierende Reaktion der Außenwelt. Sie wird in eine Schublade mit Leugnern und Querdenkern geworfen, woraufhin ihre Frustration immer größer wird.

Dann ist der Impfstoff da; Karin steht dem kritisch gegenüber, aber keineswegs ablehnend. Sie selbst und ihre Kinder sind keine Impfgegner, wie ihre Impfpässe beweisen. Karin fühlt sich aber bei der Corona-Impfung noch nicht hinreichend aufgeklärt und möchte daher etwas warten – doch dafür gibt es keine Kategorie, vielmehr gilt sie als „Impfgegnerin“ oder „Corona-Leugnerin“, gleichwohl sie regelmäßig sich und ihre Kinder testet. Nun kommt der Beschluss, dass die Corona-Tests ab Oktober selbst bezahlt werden müssen. Ihre Skepsis weicht nun der Angst. Sie ist verzweifelt, da sie nicht weiß, wie sie das auch noch bezahlen soll, zudem fühlt sie sich auch ein Stück weit zum Impfen genötigt.

Der Anlass, dass die Corona-Tests nun ab Oktober von ungeimpften Bürger:innen selbst getragen werden müssen, sorgt für kontroverse Diskussionen und Meinungsverschiedenheiten. Einige sprechen von der Gefahr einer radikalen Spaltung der Gesellschaft in Geimpfte und Ungeimpfte. Ein Teil sieht darin eine sogenannte „Impfpflicht durch die Hintertür“, besonders sozial schwächere Familien unter den Unschlüssigen fühlen sich indirekt gezwungen, da ihnen die finanziellen Mittel schlicht fehlen. Ein anderer Teil sieht in der Selbstfinanzierung der Corona-Tests die folgerichtige

Konsequenz, um die Corona Pandemie in den Griff zu bekommen.

Vor dem Beschluss kristallisierten sich verschiedenste Meinungen zur Pandemie und dem politischen Umgang heraus. Dass einiges nicht so gut in der Corona-Politik lief, steht außer Frage, dazu gehören das Hin und Her des Schulbetriebs, wirtschaftliche Hilfen, die entweder zu spät oder gar nicht ankamen, die Lücken in der Digitalisierung und einiges mehr.

Dass diese Zeit für uns alle eine schwierige war, möchte ich nicht abstreiten. Auf der anderen Seite müssen wir indes bedenken, dass auch die Politiker:innen Menschen sind, ein richtig und falsch für ganz Deutschland zu finden, bei einer Krise die es in dem Ausmaß noch nicht gab, schwer ist. Trotzdem sind sozial schwächere und bildungsferne Familien auf der Strecke geblieben. Es hat zwar Bemühungen gegeben, diese Familien zu stärken wie beispielsweise der Kindergeldzuschuss, jedoch reichte dies lange nicht aus.

Homeschooling war für einige kaum bis gar nicht möglich, da es an digitaler Ausrüstung gefehlt hat und einige Eltern auch gar nicht in der Lage waren, Hilfe bei der Lösung von Schulaufgaben zu leisten. Dadurch wurden nicht wenige Schüler:innen in der Schule abgehängt. Als es dann hieß, dass an einigen Schulen digitale Materialien gestellt würden, war die Freude zunächst groß. Die Ernüchterung folgte jedoch schnell, denn mit einigen konnte man nicht viel anfangen, da die Administration oftmals den Schulämtern obliegt. So waren verfügbare Lern-Apps nicht angemessen für die jeweiligen Jahrgangsstufen. Teilweise musste man an einigen Schulen dann doch selbst für die Kosten eines Tablets



Alleinerziehende Mütter sind die Verliererinnen, nicht nur in Corona-Zeiten

aufkommen oder jenes musste in der Schule bleiben, was wiederum den Nutzen des gestellten Geräts in Zeiten von Homeschooling gegen Null gehen lässt. Das Gefühl der Ausgrenzung, Benachteiligung oder im Stich gelassen worden zu sein, scheint da nur mehr als verständlich.

Dass nun Tests ab Oktober selbst gezahlt werden sollen, könnte nicht impfwilligen Menschen mit geringem Einkommen und Teilen der Mittelschicht weitere Schwierigkeiten bereiten. Welche Folgen daraus für die Gesellschaft und den innergesellschaftlichen Zusammenhalt erwachsen, bleibt abzuwarten. Als sozialdemokratische Partei Deutschlands liegt es in unserer Hand, den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft zu stärken. Dazu gehört auch, sozial Benachteiligten eine Stimme zu geben und mit ihnen auf Augenhöhe zu gehen. Wir müssen eine Zukunft gemeinsam für alle schaffen auf der Basis des Respekts gegenüber jedem.

Dazu gehört vor allem, den sozial Benachteiligten in unserer Gesellschaft einen Zugang für diese Zukunft zu geben. Es darf nicht

sein, dass in Deutschland Kinder in Armut leben müssen und aufgrund fehlender finanzieller Mittel berufliche Träume nicht erfüllt werden können. Das Fundament dafür legt die Einführung eines neuen Kindergeldes, welches abhängig vom jeweiligen Einkommen ist. Auch muss eine Lösung für die Selbstzahlung von Corona Tests her, für Menschen, für die es nicht tragbar ist.

Dies könnte mindestens in Form von einer Teilkostenübernahme und mit einer Impfstoff-Aufklärung, die für jedermann verständlich ist, erfolgen. Doch Diskussionen wie diese sollten nie isoliert sondern stets in ihrer systematischen Relevanz betrachtet werden. Es bedarf einer fundamentalen Stärkung des Sozialstaats, welche Bildungsmöglichkeiten für jeden zugänglich macht.

Dazu gehören auch Arbeitsplätze, in denen man abgesichert ist und mit angemessenem Mindestlohn bezahlt wird. Solche Maßnahmen sind wichtig, damit auch Familien wie die von Karin S. dieselben Lebens- und Entscheidungsfreiheiten genießen können wie viele andere Bürger.

Städtischer Nachtragsetat 2021 trotz Corona So viel Unwissenheit tut weh!

Stadtkämmerer Jörg Kratkey (SPD) legt ausgeglichenen Nachtrag vor

Selten war die Haushaltslage von Kommunen seit der Finanz- und Wirtschaftskrise so schlecht planbar, wie in während der Corona-Pandemie. Das zeigte sich auch bei der Erarbeitung des Nachtragsetats 2021, wie Stadtkämmerer Jörg Kratkey (SPD) feststellte.

Stadtkämmerer Jörg Kratkey



Insbesondere die rein ertragsabhängige Gewerbesteuer, die traditionell die größte Einkommensquelle der Stadt Wetzlar darstellt, sei starken Schwankungen unterworfen. So sei sie infolge der Corona-Pandemie im Jahre 2020 von ursprünglich geplanten 40 Mio. Euro auf unter 27 Mio. Euro abgesunken. Leichte Erholungen zum Jahresende 2020 führen „nur“ noch zu einem Rückgang von rd. 25% auf knapp 30 Mio. Euro. Für das Jahr 2021 gingen die Planungen daher von einer reduzierten Gewerbesteuer von rd. 36,7 Mio. Euro aus. Höher als 2020, aber deutlich niedriger als ursprünglich berechnet und immer noch niedriger, als vor der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009.

Im Ergebnishaushalt, der die laufenden Einnahmen und Ausgaben der Stadt abbildet, ergeben sich nur geringe Anpassungen an die tatsächliche Entwicklung. Beispielsweise wurden die Einnahmen aus den Kursen der städti-

schen Volkshochschule niedriger angesetzt, da coronabedingt viele Kurse nur mit verminderter Personenzahl stattfinden konnten oder ausfallen mussten. Bei den Einnahmen wurden die ausgefallenen Gebühren für die Kindertagesstätten teils vom Land kompensiert, so dass hier höhere Einnahmen aus Landeszuweisungen zu Buche schlagen, die die Einnahmeausfälle teilweise abdecken. Einem deutlichen Rückgang gibt es bei dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, die um fast 1,0 Mio. Euro von 26,7 auf 25,7 Mio. Euro zurückgeht. Trotz aller Veränderungen konnte der Nachtragshaushalt mit Erträgen und Aufwendungen von 162 Mio. Euro ausgeglichen gestaltet werden.

Der leichte Überschuss des Ergebnishaushaltes in Höhe von 0,9 Mio. Euro wird zur Mitfinanzierung von Investitionen des Finanzhaushaltes verwendet. Im Finanz-

haushalt wird der Finanzbedarf für die Investitionen der tatsächlichen Entwicklung angepasst. Da insbesondere die größeren Projekte teils auch wegen Corona nicht in dem Zeitfenster abgewickelt werden konnten, wie es vorgesehen war, werden die entsprechenden Auszahlungen planerisch in die Folgejahre verlagert. Dies betrifft insbesondere die Baumaßnahmen „Feuerwache I Kernstadt“ und „Kinder- und Familienzentrum Dalheim“. Vorgezogen wurde dagegen der endgültige Ausbau des Nauborner Baugebietes Hundsrüben. Der Kreditbedarf der Stadt liegt lt. Nachtragshaushalt bei (in Klammern Werte des ursprünglichen Etats) 18,8 Mio. Euro (31,2 Mio. Euro); die Nettoneuverschuldung liegt bei 11,4 Mio. Euro (25,4 Mio. Euro).

Im laufenden Haushaltsjahr wurde darüber hinaus eine Sondertilgung in Höhe von 10,1 Mio. Euro geleistet, so dass die langfristigen Verbindlichkeiten der Stadt zurückgeführt werden konnten. Der Stadtkämmerer zeigte sich mit dem Nachtragsetat 2021 zufrieden. „Wir haben weiterhin einen ausgeglichenen Haushalt, der uns die nötige finanzielle Handlungsfreiheit im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung lässt“, so Jörg Kratkey abschließend.

Michael Hundertmark (CDU) äußert sich im Wetzlar Kurier zum aktuellen Nachtragshaushalt der Stadt

Weil Haushaltsveranschlagungen bereits begonnener Maßnahmen dem Baufortschritt angepasst werden, erklärt der Fraktionsvorsitzende der CDU, der Oberbürgermeister unserer Stadt werden wollte, aufgrund der Veränderungen im Nachtragsetat könne erst im kommenden Jahr mit einzelnen Maßnahmen begonnen werden. So nennt er das Haus der Jugend, die Feuerwache I und den Neubau des Kinder- und Familienzentrums in Dalheim.

Haus der Jugend und Feuerwache I sind in der Umsetzung und werden wie geplant fortgeführt. Da braucht sich Herr Hundertmark keine Sorgen machen und auch niemanden verunsichern.

Dass er ausführt, der Bau des Kinder- und Familienzentrums in Dalheim könne frühestens im kommenden Jahr begonnen werden, ist entweder ein Beispiel dafür, dass Herr Hundertmark seit vielen Monaten nicht mehr in Dalheim war, oder aber dringend einen Augenoptiker seines Vertrauens aufsuchen sollte! Das im Rohbau stehende Gebäude kann man beim besten Willen nicht übersehen.

Zudem mutmaßt er, dass die zeitliche Verlagerung von Finanzierungsmitteln des Investitionshaushalts den Haushaltsausgleich im Ergebnishaushalt ermöglichen sollten. Wer nur ein klein wenig

Ahnung vom kommunalen Haushaltsrecht hat, der sollte wissen, dass dieser Zusammenhang so überhaupt nicht besteht.

Dann behauptet er auch noch, durch die Aufnahme von Investitionskrediten, mit denen Anlagegüter, also städtische Vermögenswerte, geschaffen werden, werde auf Kosten der zukünftigen Generationen gewirtschaftet. Auch das ist völliger Nonsens. So wie jeder private Häuslebauer, so kann auch die Stadt ihre Investitionen nicht aus den laufenden Erträgen eines Jahres bestreiten. Sollte sie im Übrigen auch nicht, dann es ist auch eine Frage der Generationengerechtigkeit, diejenigen, die heute zu schaffende Werte in der Zukunft nutzen, zu beteiligen. Das erfolgt mit einer Kreditfinanzierung und einer zeitlichen Aufteilung der Zahllasten.

Dass er zudem auch nicht wahrhaben will, dass in der Verantwortung von Stadtkämmerer Jörg Kratkey (SPD) der Kassenkreditbestand von rund 70 Millionen Euro nicht nur auf Null zurückgeführt wurde sondern das städtische Konto mit Guthaben geführt wird, sei nur noch der Vollständigkeit halber erwähnt.

Da nicht zu vermuten ist, dass Herr Hundertmark so dreist Falschbehauptungen in die Welt setzt, ist wohl von Unwissenheit auszugehen. Das tut wirklich weh!

Naunheimer SPD zum Abriss der Hochstraße

Die Naunheimer SPD bringt Vorschläge ein

Der Abriss der Hochstraße der B 49 wird spätestens ab 2027/2028 mehr Verkehr auf die BAB 45 und auch auf die L 3285 entlang der Naunheimer Ortslage bringen, einhergehen damit wird eine höhere Lärm- und Emissionsbelastung.

Diese Auswirkungen sind unabhängig von der noch nicht geklärten Frage der langfristigen Regelung zumindest für die Abriss- und Bauphase zu erwarten. Unstrittig ist, dass Lärmschutz entlang der Autobahn notwendig ist, Einzelheiten über Qualität, Höhe und Länge einer zukünftigen Lärmschutzwand konnte Hessen Mobil auf Anfragen des von der SPD geführten Naunheimer Ortsbeirats bislang noch nicht nennen.

Um die zu erwartende Mehrbelastung der Naunheimer Bevölkerung in vertretbaren Grenzen zu halten braucht es nach Ansicht der Naunheimer SPD eine sehr leistungsfähige Lärmschutzvorrichtung. Die rudimentär auf einem Teilabschnitt vorhandene Lärmschutzwand aus den 1970er Jahren bietet keinen ausreichenden Schutz und muss erneuert bzw. in Höhe und Länge deutlich erweitert werden.

Die Ausdehnung darf sich nach Ansicht der Naunheimer Genossen und Genossen nicht nur an der bebauten Ortslage orientieren, sondern muss über diese bei Weitem hinausgehen.

Im Süden sollte sie deutlich vor der L 3285 beginnen und in nördlicher Richtung über den Parkplatz Kochsgrund hinausgehen, da bereits jetzt insbesondere aus nörd-

licher Richtung eine erhebliche Lärmbelastung auf der Ortslage lastet, auch wenn die Entfernung zur BAB dort weiter ist.

Neben einer Lärmschutzwand für die BAB 45 geht es den Naunheimerinnen und Naunheimern auch um die L 3285. Auf dieser Umgehungsstraße wurde auf Initiative der CDU-geführten hessischen Landesregierung in der Zuständigkeit des grünen Ministers für Wirtschaft und Verkehr vor einigen Jahren die ursprüngliche Geschwindigkeitsbeschränkung aufgehoben und erst nach starkem Protest von SPD, Ortsbeirat sowie Bürgerinnen und Bürgern zumindest auf einer Teilstrecke eine Begrenzung auf 70 km/h festgelegt.

Zwischen dem Naunheimer Festplatz und der Ortseinfahrt Lahnu besteht jedoch keine Geschwindigkeitsbegrenzung, auf dieser Strecke dürfen 100 km/h gefahren werden. Die damit verbundene höhere Unfallgefahr, gerade an der östlichen Ein- und Ausfahrt Naunheims, sowie die Lärmbelastung durch das Abbremsen und Beschleunigen der Fahrzeuge werden bei einer Zunahme des Verkehrs noch deutlich steigen.

Auch hier ist aus Sicht der Naunheimer SPD Abhilfe notwendig in Form einer durchgängigen Geschwindigkeitsbegrenzung sowie durch einen Kreisverkehr oder eine Ampelanlage im Bereich Naunheim Ost.

Zu beiden Themen brachte die SPD-Fraktion im neu gewählten Naunheimer Ortsbeirat entsprechende Anträge ein, die vom gesamten Ortsbeirat einstimmig mit-

getragen wurden. Damit wurde der Magistrat aufgefordert, sich in allen Gesprächen mit Hessen Mobil und der Autobahnverwaltung für die Realisierung von ausreichendem Lärmschutz und mehr

Verkehrssicherheit auf beiden Verkehrswegen einzusetzen.

Bereits im vergangenen Jahr informierten sich MdB Dagmar Schmidt und MdL Stephan Grüger auf Einladung des SPD-Orts-

vereins vor Ort über die Problematik sowie die Naunheimer Erwartungen und sagten ihre Unterstützung auf ihren jeweiligen Entscheidungsebenen zu.

CHRISTOPHERS KOCHECKE

Christophers Kanzler- bzw. Frühlingsuppe

Kanzler- bzw. Frühlingsuppe

(2-3 Portionen)

- 1 Stück Zwiebel
- 1 Stück Brokkoli, klein
- 2 Stück Möhren
- ½ Stück Lauch
- 1 Stück Kartoffel
- 100 g grüne Bohnen
- 1 Stück Frühlingszwiebel
- 1 Dose junge Erbsen extra fein (140 g)
- 1 Liter Gemüsebrühe
- ½ Bund Petersilie
- Butter zum Braten
- Pfeffer und Salz nach Wunsch

„Das Schöne am Kochen ist, dass man schnell gute Ergebnisse erzielen kann – ganz im Gegensatz zur Politik.“ Das sagte Olaf Scholz anlässlich seines Beitrags im Buch „Das Parlament kocht“, herausgegeben von Ralf Frenzel. Der ein oder andere 3-Sterne Koch, bzw. Köchin wird aufgrund solch einer Aussage sicher das Kriegsbeil ausgraben, aber wir erkennen doch alle den tieferen Sinn dieses Satzes. Und weil Olaf

Scholz jemand ist, der bewiesen hat, dass er sich für gute Politik die nötige Zeit nimmt, dementsprechend hervorragende Ergebnisse in seiner politischen Laufbahn geliefert hat und nun auch noch gute Chancen auf das Kanzleramt besitzt, sei ihm das aktuelle Rezept gewidmet. Denn Frühlingsuppe ist nach seiner eigenen Aussage sein Leibgericht.

Die Zwiebel hacken, Brokkoli in kleine Röschen schneiden, Möhren vier-

teln und klein hacken, Lauch in Streifen schneiden, Kartoffel würfeln, bei den Bohnen die Spitzen und Enden entfernen, dann halbieren, bei der Frühlingszwiebel den weißen vom grünen Teil trennen, das Weiße in Ringe schneiden.

Die Zwiebel für etwa 10 Minuten bei geringer Hitze in der Butter anschwitzen, dann Bohnen, Kartoffeln, Möhren, Brokkoli, Lauch und weißen Teil der Frühlingszwiebel für etwa 5 Mi-



Foto: Christopher Bursitis

nuten mit anschwitzen.

Nun mit der Brühe auffüllen, auf hohe Temperatur stellen und 5 Minuten kochen lassen.

Danach die Temperatur auf die niedrigste Stufe, die gehackte Petersilie, den in Streifen geschnittenen grünen Teil der Frühlingszwiebel sowie die Erbsen hinzugeben und für 3 Minuten köcheln lassen.

Mein Hamburger Platt lässt zwar zu wünschen übrig, aber:

Nu lang to, laat jo nich lang nödigen!

Bürgerschaftliches Engagement

OB Wagner verleiht Ehrenbriefe an Dr. Barbara Greis und Manfred Veit

Oberbürgermeister **Manfred Wagner (SPD)** hat im Garten des Palais Papius Ehrenbriefe des Landes Hessen an zwei kommunalpolitisch und ehrenamtlich engagierte Persönlichkeiten verliehen: **Dr. Barbara Greis (Bündnis 90/DieGrüne)** aus Naunheim und **Manfred Veit (FW)** aus Blasbach.



Manfred Veit und Dr. Barbara Greis

Beide seien Aktivposten unserer Gesellschaft, die einen Teil ihrer Lebenszeit für die Gemeinschaft zur Verfügung stellten und damit bleibende Spuren hinterließen. Für die Geehrten – beide Jahrgang 1940 – sei Demokratie mehr als eine Staatsform, es sei eine Lebensform.

Barbara Greis hat sich 31 Jahre lang als Leiterin der Schülerbücherei der August-Bebel-Schule ehrenamtlich engagiert, auch noch lange nachdem ihre Tochter die Schule verlassen hatte. Ebenso war sie viele Jahre im Vorstand der Heimatgeschichtlichen Arbeitsgemeinschaft Naunheim tätig sowie im Verein „Patchwork, Soziale Initiative im Stadtteil“.

Seit 1985 ist Dr. Barbara Greis kommunalpolitisch für Bündnis 90/Die Grünen engagiert, 21 Jahre lang im Ortsbeirat Naunheim und seit 1990 als Stadtverordnete,

wo sie bis heute als Vorsitzende des Umweltausschusses tätig ist.

Manfred Veit ist seit 1986 Mitglied im Naturschutzbeirat der Stadt Wetzlar, dessen stellvertretender Vorsitzender er in verschiedenen Wahlperioden war. In der Vogelschutzgruppe Blasbach ist er seit 1988 bis heute Vorsitzender und setzt sich für praktischen Naturschutz zum Schutz der freilebenden Vogelwelt ein.

Ebenso ist Veit im Sozialverband VdK aktiv, wo er seit 2001 den Vorsitz des Ortsverbandes Hermannstein/Blasbach inne hat.

Kommunalpolitisch engagiert sich der Ausgezeichnete seit 1986 bei den Freien Wählern. Dem Ortsbeirat Blasbach gehörte er von 1989 bis 2006 und seit 2011 an.

Herzlichen Glückwunsch!

1250 Jahre Niedergirmes

Am 1. 4. 1903 wurde das Dorf Niedergirmes in die Stadt Wetzlar eingemeindet

In der Zeit von Karl dem Großen wurde der heutige Stadtbezirk der Stadt Wetzlar erstmals erwähnt.

Die erste urkundliche Erwähnung im Lorscher Codex stammt aus dem Jahre 771. Somit ist Niedergirmes eines der ältesten Dörfer im heimischen Raum.

Durch den Bau des Wetzlarer Bahnhofes im Jahre 1862 auf der Gemarkung Niedergirmes siedelte sich in den darauffolgenden Jahren immer mehr Schwerindustrie zur Eisenverarbeitung an. Am 1. April 1903 wurde das Dorf Niedergirmes in die Stadt Wetzlar eingemeindet. Durch den Industriestandort entwickelte sich der Stadtbezirk zum Arbeiterstadtteil und wurde für viele Gastarbeiter zur neuen Heimat.

Mehr als 6000 Einwohner zählt Niedergirmes und wurde im Jahr 2004 in das Förderprogramm „Soziale Stadt“ aufgenommen. Mehr als 12 Millionen Euro sind seitdem in Projekte geflossen, unter anderem wurde hier ins Nachbarschaftszentrum investiert.

Die SPD Wetzlar wird auch weiterhin im Stadtteilbeirat Niedergirmes konstruktiv mitarbeiten, denn Niedergirmes ist bunt und tolerant.



Jahrzehntelang bestimmten die Türme von Buderus das Ortsbild

Im Kontrast dazu die Lahn an der Fischerhütte

Im Bild unten Mitglieder der SPD vor dem Nachbarschaftszentrum



Fotos: Heiner Jung

JETZT SPD PER BRIEFWAHL WÄHLEN! ABER WIE?

DU BEANTRAGST DIE BRIEFWAHL NACH DER WAHLBENACHRICHTIGUNG



Ab Mitte August wird dir eine Wahlbenachrichtigung geschickt. Auf der Rückseite des Wahlscheins findest du das Antragsformular. Fülle dieses aus.



Beide Kreuze bei der SPD setzen!



Stecke den Wahlschein gemeinsam mit dem Stimmzettelumschlag in den roten Wahlbriefumschlag. Bringe diesen zur Post und schicke ihn an die Gemeinde deines Wohnortes.

Mehr Infos auf spd.de/briefwahl

SPD Soziale Politik für Dich.

UNSER BUCHTIPP

Robin Alexander Machtverfall

Merkels Ende und das Drama der deutschen Politik: Ein Report

Bestsellerautor Robin Alexander über das Ende der Ära Merkel: ein glänzend recherchierter Politthriller

Zum Ende ihrer Amtszeit hat Angela Merkel ihre wohl größte Herausforderung zu bestehen. Doch die Kanzlerin, die in Notsituationen oft zur Hochform aufgelaufen ist, gerät in dieser Krise an die Grenzen ihrer Autorität. Die Pandemie, so Robin Alexander, ist dabei nur ein weiteres, spektakuläres Kapitel in einem noch größeren Drama: dem Ende einer ganzen Ära.

In seinem neuen Buch erzählt der Bestsellerautor die Geschichte hinter den Kulissen: vom harten, langen Kampf in den inneren Machtzirkeln der Republik und vom Showdown um Merkels Nachfolge, der die Union fast zerreißt. Ein glänzend recherchiertes Buch, das zeigt, wie nah in der Politik der unbedingte Wille zur Macht und die Machtlosigkeit beieinander liegen.

»Durch die Dichte und Klarheit seines Erzählens fabriziert Alexander ein Stück Dokutainment, bei dem man mit Details und Schlüssellock-Anekdoten fortwährend bei Leselaune gehalten wird.«



Siedler Verlag gebundene Ausgabe, 22,00 Euro eBook (ePUB), 18,99 Euro Hörbuch-Download, 25,95 Euro

VERANSTALTUNGS-TIPPS

Alle Angaben ohne Gewähr

17. September - 21. November 2021
Ausstellung der Frankfurter Künstlergesellschaft
Motto: **Künstlerischer Leichtsinn**
Veranstalter: Kulturamt Wetzlar
Uhrzeit: 19:00 Uhr
Ort: **Wetzlarer Stadtgalerie**
Bahnhofstraße 6



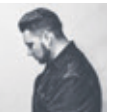
17. September 2021
Ich hatte einst ein schönes Vaterland
1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland
Veranstalter: Kulturamt Wetzlar
Eintritt frei! Uhrzeit: 19:00 Uhr
Ort: **Stadthalle Wetzlar**
Brühlsbachstraße 2

18. September-10. Oktober 2021
Fotoausstellung
„Jedes Zehntelgrad zählt“
Stadtbibliothek Wetzlar in Kooperation mit Netz Bangladesch
Ort: **Wetzlarer Stadtgalerie**
Bahnhofstraße 6



18. September 2021
Kevin Löhr Band
Cash, King and more
Uhrzeit: 20:00 Uhr
Ort: **Kulturzentrum Franzis**
Franziskanerstraße 4-6

22. September 2021
Ben Granfelt & Band
Uhrzeit: 20:00 Uhr
Ort: **Kulturzentrum Franzis**



15. Oktober 2021
Kings Of Floyd – High Hopes Tour
A Tribute To Pink Floyd
Uhrzeit: 20:00 Uhr
Ort: **Stadthalle Wetzlar**

Noch bis zum 30. September:
Impfen ohne Termin im Impfzentrum Lahнау
Geraberger Platz
Täglich von 7.00 – 21.00 Uhr (30.09. bis 15.00 Uhr)

ARBEITERWOHLFAHRT ORTSVEREIN
WETZLAR **AWO**

HERZLICH WILLKOMMEN

SENIORENTREFF "NEUSTADT"
WILHELM REITZ HAUS
35576 WETZLAR
BRETTSCHEIDERSTRASSE 4
DONNERSTAG 14:30 UHR